

INHALT

Vorbemerkung	1
Konfessionslosigkeit in Deutschland	2
Der Deutsche Freidenker-Verband e. V.	5
Der Humanistische Verband Deutschlands	17
Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften	30
Der Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten e.V.	37
Jugendweihe Deutschland e.V.	41
Die Humanistische Union	45
Zusammenfassung und Ausblick	50
Dokumentation	
I. Freigeistige Organisationen in Deutschland	53
II. Für eine echte Trennung von Staat und Kirche	57
III. Zwei Positionspapiere des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.	59
IV. Flugblatt	62

IMPRESSUM

Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen

Auguststraße 80, 10117 Berlin
Telefon 030/28395-2 11, Fax-Nr. 030/28395-2 12
Internet: <http://www.ezw-berlin.de>
E-Mail: info@ezw-berlin.de

Vorbemerkung

Jede Zeit hat ihre Themen. Jede Zeit kennt aber auch Themen, die mit erstaunlicher Hartnäckigkeit ignoriert werden. Die Entwicklung der freidenkerischen bzw. kirchenkritischen Organisationen seit der Wiedervereinigung ist ein solches Thema: Es findet in den einschlägigen Lexika und in der Fachliteratur nicht statt. Es wäre jedoch wichtig, der Glaubenswelt der Nichtglaubenden mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Zwar sind die kirchenkritischen bzw. humanistischen Organisationen nicht *die* Repräsentanten der Nichtglaubenden, aber sie vertreten ein wichtiges Segment aus dem Kreis derer, die sich innerlich weit von den Kirchen entfernt haben. Immerhin handelt es sich dabei um die größte „Minderheit“ in Deutschland; vermutlich ist jeder dritte Deutsche mehr oder weniger „konfessionslos“.

Die vorliegende Schrift möchte das Gespräch mit den kirchenkritischen bzw. kirchenfreien Organisationen eröffnen – und ist selbst Resultat solcher Begegnungen.

Ich danke meinen Gesprächspartnern vom *Humanistischen Verband Deutschlands* (HVD) und vom *Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften* (DFW), die mich – trotz aller weltanschaulichen Differenzen – mit Hinweisen und geduldigen Erläuterungen unterstützt haben. Ohne dieses Entgegenkommen hätte die vorliegende Schrift nicht erarbeitet werden können.

Berlin, im Januar 2002
Andreas Fincke

Konfessionslosigkeit in Deutschland

Der Atheismus hat viele Gesichter. In Deutschland spielt der praktische Atheismus die größte Rolle: Hier wird nicht die Existenz Gottes mit philosophischen Argumenten bestritten, wohl aber seine Brauchbarkeit für den Alltag negiert.¹ Für diesen Atheismus ist Gott nicht tot, sondern überflüssig. Das Leben erklärt sich hinreichend aus sich selbst, für Kirche und Religion bleibt nur ein Achselzucken, sie werden als Relikte einer vergangenen Zeit empfunden. Besonders weit verbreitet ist dieses Lebensgefühl in den neuen Bundesländern, wo etwa 75 Prozent der Menschen keiner Kirche oder Religionsgemeinschaft angehören. Hier finden sich Regionen, die weltweit zu den religionslosesten gehören: In Händels Geburtsstadt Halle a.d. Saale zum Beispiel gehören keine 10 Prozent der Bevölkerung einer christlichen Kirche an. In Ostdeutschland vermischt sich der praktische Atheismus darüber hinaus mit den Rudimenten des DDR-Atheismus, der jegliche Religion als mit der Moderne unvereinbar bzw. als „unwissenschaftlich“ apostrophiert hat.²

Aber auch in den alten Bundesländern gewinnt der praktische Atheismus an Einfluss. Im April 1999 veröffentlichte die Wochenzeitschrift FOCUS die Ergebnisse einer Umfrage, wonach nur noch 65 Prozent der Deutschen an Gott glauben.³ Etwa ein Drittel der Befragten hat lt. FOCUS die Existenz eines (wie auch immer gearteten) Gottes verneint. Andere Zahlen bestätigen diesen Befund. So berichtet Pollack, dass im Westen Deutschlands etwa 80 Prozent der Bevölkerung an Gott oder eine höhere geistige Macht glauben, für Ostdeutschland nennt er lediglich 37 Prozent.⁴ Nach der 13. Shell Jugendstudie bezeichnen sich bundesweit etwa 25 Prozent der Jugendlichen als konfessionslos, im Westen 13 Prozent, im Osten 80 Prozent.⁵

Orientiert man sich an diesen Angaben, so müsste es in Deutschland bis zu 20 Millionen Menschen geben, denen Gott, Kirche und Religion nichts bedeuten. Damit bilden die Konfessionslosen nach den beiden großen Kirchen die drittgrößte „Konfession“.⁶ Wenn sich nur jeder Zehnte dieser Konfessionslosen für die Arbeit der atheistischen

¹ Vgl. Horst Georg Pöhlmann, Der Atheismus als weltanschauliche Herausforderung, in: MD der EZW 3/1996, 67-76.

² Vgl. Matthias Petzoldt, Dass Wissenschaft mit Religion unvereinbar sei ..., in: MD der EZW 12/2001, 395-405.

³ Nur noch Christentümlich, in: FOCUS vom 3. 4. 1999, 118ff.

⁴ Vgl.: Detlef Pollack, Irena Borowik, Wolfgang Jagodzinski (Hg.), Religiöser Wandel in den postkommunistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas, Würzburg 1998, 211.

⁵ Vgl. Deutsche Shell (Hg.), Jugend 2000, 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000, Bd.1, 157ff.

⁶ Wie verwirrend die Lage ist, wird auch daran deutlich, dass die Freien Humanisten Niedersachsen eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Staatsverträgen und damit de jure eine „Konfession“ im Spektrum der Konfessionslosen sind.

schen bzw. kirchenkritischen Organisationen interessiert, dann hätten diese ein Mitgliederpotenzial von 1,5 bis 2 Millionen.

Konfessionslosigkeit ist jedoch nicht identisch mit entschiedenem Atheismus. In den alten Bundesländern bezeichnet sich nur eine Minderheit von etwa 2 Prozent als „überzeugte Atheisten“, in den neuen Bundesländern gilt das für etwa 19 Prozent der Bevölkerung.⁷ Wenn diese Zahlen stimmen, gibt es in Deutschland also bis zu 5 Millionen überzeugte Atheisten. Es ist auffällig, dass es den freigeistigen Organisationen bisher nicht gelungen ist, dieses beträchtliche Potential auch nur andeutungsweise für sich zu nutzen.

Die zweite Spielart des Atheismus ist der theoretische Atheismus, der die Existenz Gottes ausdrücklich bestreitet und die weltanschauliche Auseinandersetzung mit den Kirchen und Religionen sucht. Diese Facette des Atheismus wird von wichtigen Kirchen- und Religionskritikern wie Karlheinz Deschner⁸, Gerd Lüdemann⁹ und anderen vertreten.

In seiner organisierten Form ist der theoretische Atheismus traditionell in kirchenkritischen bzw. kirchenfreien Organisationen wie den Freidenkern und den freigeistigen Bewegungen zu finden. Die „Szene“ dieser Vereine und Verbände ist überaus verwirrend und selbst für Insider nur schwer überschaubar.¹⁰ Probleme bereitet auch die Abgrenzung zwischen atheistischen, kirchenkritischen und freireligiösen Verbänden. Folglich ist es nicht leicht, einen Oberbegriff für diese Organisationen zu finden. Sie selbst bezeichnen sich als Humanisten oder – salopp – als „Freigeister“ und beanspruchen für sich den Terminus „freigeistige Bewegungen“. Weit verbreitet ist auch die Rede von den „Konfessionslosen“ oder (neuerdings) „Konfessionsfreien“. Die Bezeichnung „Konfessionslose“ ist allerdings problematisch, weil sie den Eindruck erweckt, die Betreffenden würden an nichts glauben und keinerlei geistige bzw. ethische Bezugsgröße haben. Das ist jedoch nicht zutreffend. Vielmehr reklamieren maßgebende Vertreter für sich sogar die Zugehörigkeit zu einer „humanistischen Konfession“.¹¹

⁷ Vgl. Glaube und Atheismus, KNA-Meldung vom 4. Juli 2001.

⁸ Z. B. Karlheinz Deschner, Kriminalgeschichte des Christentums, Reinbek 1996 ff, bisher sieben Bände. Zahlreiche weitere Veröffentlichungen. Vgl. auch www.deschner.info/index.htm.

⁹ Z. B. Gerd Lüdemann, Der große Betrug. Was Jesus wirklich sagte und tat, Lüneburg 1999; Ders., Das Unheilige in der Heiligen Schrift. Die dunkle Seite der Bibel, Lüneburg 2001. Vgl. auch www.gerd-luedemann.de.

¹⁰ Vgl. die Übersicht „Freigeistige Organisationen in Deutschland“ unter DOKUMENTATION, 53ff. Die Humanistische Akademie bemüht sich derzeit um die Erarbeitung eines „Handbuchs der freigeistigen Organisationen und Personen in Deutschland“.

¹¹ So Horst Groschopp, stellv. Bundesvorsitzender des HVD, in dem Aufsatz: Humanismus-Theorie. Der Humanistische Verband und sein Selbstverständnis, in: humanismus heute 2/1998, 21.

Es gibt zu denken, dass die freigeistigen Bewegungen in den wichtigen theologischen Nachschlagewerken entweder gar nicht oder nur als historisches Phänomen vorkommen.¹² Die jüngsten Entwicklungen, namentlich die Veränderungen seit 1989, wurden von der wissenschaftlichen Publizistik kaum wahrgenommen.

In Deutschland sind fast alle freigeistigen Bewegungen in drei großen Dachverbänden organisiert. Sie bilden quasi die drei Säulen, auf denen die öffentliche Wirksamkeit der Bewegung ruht: Es handelt sich um die Freidenker (*Deutscher Freidenker-Verband e. V., Sitz Dortmund*), den *Humanistischen Verband Deutschlands* (HVD) und den *Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften* (DFW).

Daneben gibt es noch kleinere und lokal begrenzte Initiativen, die mitunter nur wenige Mitglieder haben, aber dennoch erstaunliche Aktivitäten entfalten. Im Folgenden wird ein Überblick über die wichtigsten und einflussreichsten Verbände und deren Entwicklung seit 1989 gegeben.

¹² Vgl. z. B. Jochen-Christoph Kaiser, Art. Freidenker, in: RGG⁴, 3, Sp. 296-299. Hier fehlt jeglicher Hinweis auf die Entwicklung seit 1990. Auch das Lexikon der Sekten, Sondergruppen und Weltanschauungen, hg. v. H. Gasper, J. Müller und F. Valentin, 7. Aufl., Freiburg/Br. 2001, ist in dieser Hinsicht mager. Lediglich Albrecht Döhnert und Andreas Meier gehen in ihren Arbeiten zur Jugendweihe auf diese Fragen ein.

Der Deutsche Freidenker-Verband e. V.

Geschichte und Organisation

Der *Deutsche Freidenker-Verband e. V.* (DFV) kann auf eine über einhundertjährige Geschichte zurückblicken. Er wurde am 10./11. April 1881 mit dem *Deutschen Freidenkerbund* in Frankfurt a. M. ins Leben gerufen. Damit trennten sich die Freidenker vom 1859 gegründeten *Bund freireligiöser Gemeinden Deutschlands*. Der wesentliche Unterschied zu der Vorgängerorganisation bestand – auf eine einfache Formel gebracht – darin, dass die Freidenker ein „frei von Religion“ propagierten, während die Freireligiösen noch um ein „frei in der Religion“ bemüht waren. Bei der Organisation ihrer Arbeit blieben die Freidenker ihren freireligiösen Wurzeln jedoch treu: So organisierten sie Jugendweihen, weltanschaulichen Jugendunterricht und setzten sich für die Feuerbestattung ein.

1908 kam es zur Trennung der sog. „proletarischen“ Fraktion der Freidenker vom „bürgerlichen“ Flügel. Der *Zentralverband proletarischer Freidenker Deutschlands* stritt für eine klare Trennung von Kirche und Staat. Ende der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts schlossen sich verschiedene Organisationen (darunter zahlreiche Sterbekassen) erstmals zu einem sozialdemokratisch orientierten Dachverband zusammen, der ab 1930 *Deutscher Freidenker-Verband* hieß. Parallel dazu hatte die KPD 1929 ihre Mitglieder zur Gründung eines *Verbandes proletarischer Freidenker Deutschlands* aufgerufen. Die Verbände waren untereinander zerstritten, zusammen sollen sie jedoch bis zu 600 000 Mitglieder gezählt haben. 1932/33 wurden die verschiedenen Freidenkerorganisationen verboten und ihre Verbände enteignet.¹³

Nach Kriegsende gründete sich der DFV 1945 in Hamburg neu. 1949 entstanden Landesverbände in Bayern, Berlin (West), Hessen und Niedersachsen, ein Jahr später auch in Nordrhein-Westfalen. Während der Teilung Deutschlands gab es zwei juristisch selbstständige Freidenkerverbände in der Bundesrepublik: den *Deutschen Freidenker-Verband (Sitz Dortmund)* und den *Deutschen Freidenker-Verband (Sitz Berlin-West)*. Vereinfacht kann man sagen, dass der Dortmunder Verband kommunistischen Positionen nahe stand, der Berliner Landesverband war für eine eher sozialdemokratische Haltung bekannt.

In der sowjetisch besetzten Zone bzw. in der DDR war die Lage verwirrend. 1946 hatte Wilhelm Pieck die Zulassung der Freidenker abgelehnt, später hatte sich – so seltsam das klingt – wohl niemand um ihre Zulassung bemüht. Ausdrücklich verboten waren

¹³ Zu den Einzelheiten vgl. die kenntnisreiche Darstellung von Horst Groschopp, *Dissidenten. Freidenkerei und Kultur in Deutschland*, Berlin 1997, bes. 421.

sie jedenfalls nicht. In gewisser Weise waren die Anliegen der Freidenker in die Politik der SED eingegangen. Erst Ende 1988 regten ausgerechnet das Politbüro der SED und das Ministerium für Staatssicherheit die Gründung eines *Verbandes der Freidenker* (VdF) an.¹⁴ Erste Pressemeldungen darüber erschienen in der Wochenendausgabe des „Neuen Deutschland“ vom 14./15. Januar 1989. Offiziell wurde die Initiative mit dem Ziel begründet, „die wissenschaftliche, dialektisch-materialistische Weltanschauung unter der Bevölkerung zu verbreiten und alle zu erreichen, die sich um die Klärung philosophischer, weltanschaulicher und ethischer Fragen von einer nichtreligiösen Position aus bemühen“.¹⁵ Die wache Volksmeinung vermutete jedoch schon bald, was ein nach der Öffnung der Archive aufgefundenes Schreiben des Ministeriums für Staatssicherheit bestätigt: Der Verein sollte von den gesellschaftlichen Problemen in der DDR ablenken, die Kirchen aus den politischen Diskussionen drängen und aus gleichsam „staatsferner“ Warte das Christentum als „unwissenschaftlich“ bekämpfen. So heißt es in dem Dokument vom 30. 12. 1988: Die Gründung des VdF „ergibt sich aus der Notwendigkeit in einer Zeit verstärkter ideologischer Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, noch breiter mit vielfältigen Methoden unsere Weltanschauung in alle Schichten der Bevölkerung hineinzutragen, ihnen Ideologie und Politik der Partei zu erläutern und Versuchen reaktionärer kirchlicher Kräfte, ihre religiösen Einflüsse zu erweitern und dem politischen Mißbrauch verfassungsmäßig garantierter Rechte der Kirchen offensiv zu begegnen“.¹⁶ Mit anderen Worten: Die DDR-Freidenker sollten das sich in den Kirchen sammelnde Protestpotential auffangen, als scheinbar unverfängliche organisatorische Alternative für Andersdenkende auftreten und Defizite in der sozialen Arbeit mit Randgruppen (Behinderten, Homosexuellen usw.) ausgleichen.

Die Frage ist, ob man wegen dieser Hintergründe die DDR-Freidenker pauschal als verlängerten Arm von Partei und Staatssicherheit beschreiben darf. Es gibt Hinweise, dass man damit der Wirklichkeit an der Basis nicht gerecht würde: Die politische Krise der DDR war Anfang 1989 bereits derart gravierend, dass es Partei und Staatssicherheit nicht mehr gelang, die beabsichtigte totale Kontrolle über die DDR-Freidenker auszuüben. So hat es in den Ortsgruppen der DDR-Freidenker durchaus kontroverse politische Diskussionen gegeben.

Gleichzeitig soll nicht verschwiegen werden, dass sich Funktionäre der DDR-Freidenker zu willigen Gehilfen der Staatssicherheit haben machen lassen. Als Anfang 1990 die wahren Motive für die Gründung der DDR-Freidenker öffentlich bekannt wurden, erklärte der *Verband der Freidenker* am 6. März 1990 u.a., man habe vom Engage-

¹⁴ Vgl. Beschluß des Politbüros der SED vom 5. 12. 1988.

¹⁵ Neues Deutschland vom 14./15. Januar 1989.

¹⁶ Zitiert nach: MIZ 1/1990, 26.

ment des Staatssicherheitsdienstes keine Kenntnis gehabt und mit diesen Behörden nicht zusammen gearbeitet. Das ist jedoch nicht zutreffend: So hatte sich der Präsident der DDR-Freidenker wiederholt mit einem Vertreter des Ministeriums für Staatsicherheit getroffen. Im Rahmen solcher Begegnungen wurden dem Staatssicherheitsdienst immer wieder Briefe übergeben, die der Gründungsausschuss der DDR-Freidenker erhalten hatte. Weil in diesen Briefen kritische Positionen zur DDR deutlich wurden, leitete die Staatsicherheit „operative Maßnahmen“ gegen die Absender ein.¹⁷ Man vergegenwärtige sich den Widersinn: Menschen aus der DDR, die sich mit ihren politischen Nöten nun nicht mehr an die Kirchen, sondern hoffnungsvoll an den neu zu gründenden Freidenker-Verband wandten, wurden von deren Funktionären an die staatlichen Sicherheitsorgane ausgeliefert. Wenn das kein Verrat an freidenkerischen Idealen war, was dann?

Die westdeutschen Freidenker (DFV, Sitz Dortmund) haben die Gründung der DDR-Freidenker erstaunlich kritiklos hingenommen. Selbst der zügige Aufbau von Vereinsstrukturen und die vergleichsweise üppige finanzielle Ausstattung der DDR-Freidenker hat sie nicht skeptisch werden lassen. In einer Grußadresse schrieben sie: „Der Deutsche Freidenker-Verband freut sich darauf, in Euch Verbündete ... zu finden. ... In diesem Sinne wünschen wir Eurer Arbeit viel Erfolg und bitten, allen Mitgliedern des Arbeitsausschusses die solidarischen Grüße des DFV zu übermitteln.“¹⁸

Die Westberliner Freidenker (DFV, Sitz Berlin West) waren klüger. In ihrer Hauszeitschrift „diesseits“ schrieb deren Vorsitzender, Klaus Sühl, „daß bei der Einschätzung des DDR-Freidenker-Verbandes vorerst wohl eher Skepsis und nicht euphorische Freude am Platz ist“. Besonders die Nähe der DDR-Freidenker zur SED fiel Sühl auf: „Daß dies nur sehr wenig mit unserem Verständnis von Freidenkertum zu tun hat, kann indes keinem Zweifel unterliegen. Das Freidenkertum kann seiner Aufgabe nicht gerecht werden, wenn es lediglich als verlängerter Arm des Staats oder einer herrschenden Partei dient.“¹⁹

Als im September 1989 Hunderttausende in der DDR auf die Straßen gingen und in den Kirchen ein politischer Umbruch ungekannten Ausmaßes vorbereitet wurde, schwieg die Leitung der DDR-Freidenker. Die Westberliner Freidenker schrieben am 11. Oktober 1989 an den Präsidenten des Verbandes der DDR-Freidenker u. a.: „Die Gründung oppositioneller Zusammenschlüsse wie dem ‚Neuen Forum‘ und anderen unter dem Dach der Kirche wirft für uns Fragen auf, warum es dem Verband der Freidenker nicht gelingt, sich aktiv und konstruktiv in die gesellschaftspolitischen Verän-

¹⁷ BstU: Bericht von Oberstleutnant Hermann vom 22. 2. 1989 über eine Aussprache mit Gen. Prof. Klein / Verband der Freidenker, in: Akten des MfS HA XX / 4 1740, 72f.

¹⁸ Freidenker organisieren sich in der DDR, in: Freidenker 1/1989, 4.

¹⁹ Klaus Sühl, Freidenker-Verband in der DDR gegründet, in: diesseits 3/1989, 16f.

derungsprozesse und Auseinandersetzungen einzumischen und wieso es den Kirchen gelingt, diese Protestbewegung zu sammeln und sich als moralische Instanz in der Diskussion und zum Staat zu profilieren? Wenn wir von einer Freidenkerbewegung ausgehen, die die Verwirklichung eines freiheitlichen und demokratischen Sozialismus als eine wesentliche Voraussetzung zu einer humanistischen Lebensgestaltung ansieht, so ist es uns unverständlich, warum der Verband der Freidenker der DDR in dieser Frage bisher öffentlich sprachlos blieb.“²⁰

Nachdem um die Jahreswende 1989/90 immer deutlicher wurde, auf welchen problematischen Wurzeln die DDR-Freidenker ruhten, sahen auch die Westberliner Freidenker ihr Anliegen gefährdet. Am 27. März 1990 forderten sie ihre ostdeutschen Freunde auf, „der Öffentlichkeit und den Mitgliedern in aller Ausführlichkeit und Offenheit die Umstände der Gründung und des Aufbaus des Verbandes darzulegen“ und als „ein sichtbares Zeichen des Neubeginns ... die Selbstauflösung des Verbandes“ zu beschließen.²¹ Die Auflösung des Verbandes wollten die DDR-Freidenker jedoch vermeiden, zum einen in der Hoffnung, damit die etwa 12 000 eingetragenen Mitglieder für die weitere Arbeit zu retten, zum anderen aufgrund finanzieller Interessen. So hatten die DDR-Freidenker im Sommer 1990 immerhin etwa 60 (!) hauptamtliche Mitarbeiter.²² Der Verein beantragte bei der ersten frei gewählten DDR-Volkskammer allein für 1990 Fördermittel in Höhe von 3,1 Mio. Mark, die allerdings nicht bewilligt wurden.

Auf dem 2. Verbandstag der DDR-Freidenker am 23./24. Juni 1990 in Dresden wurde ein neuer Vorstand gewählt und der Verband gab sich den Namen *Deutscher Freidenker-Verband, Sitz Berlin Ost*. – Damit gab es kurzzeitig drei Verbände dieses Namens: den *Deutschen Freidenker-Verband (Sitz Dortmund)*, den *Deutschen Freidenker-Verband (Sitz Berlin West)* und den *Deutscher Freidenker-Verband (Sitz Berlin Ost)*. – Trotz dieser Korrekturen blieb manches beim alten: So war der neue Geschäftsführer jener aus DDR-Zeiten: der frühere Chef für Agitation und Propaganda der SED in Berlin-Mitte.²³ Obwohl der Graben zwischen den Westberliner und den Ostberliner Freidenkern Anfang 1990 sehr tief war und man sich öffentlich kritische Briefe schrieb²⁴,

²⁰ Brief des Deutschen Freidenker-Verbands (Sitz Berlin) vom 11. 10. 1989, in: diesseits 4/1989, 19.

²¹ Vgl. den Abdruck des Dokuments in: MIZ 1/1990, 30f.

²² Andere Zahlen nennt der „Bericht der Unabhängigen Kommission Parteivermögen über Freidenker und Jugendweihe-Ausschuß“. Hier heißt es: „Anfang 1990 arbeiteten laut Bericht 206 Hauptamtliche für die Organisation (gemeint sind die DDR-Freidenker – d. Verf.). Sie erhielt 1989 über 4,6 Millionen Mark (der DDR – d. Verf.) an Staatszuweisungen“ (diesseits 2/1998, 18).

²³ Vgl. Auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis – Freidenker in der DDR im Wandel, in: MIZ 2/1990.

²⁴ Vgl. Freidenker West – Freidenker Ost, in: diesseits 2/1990, 22f.

wurden intern die Weichen schon bald auf Kooperation gestellt. Am 8. November 1990 beschloss die Mitgliederversammlung des Ost-Berliner Bezirksverbandes der DDR-Freidenker die Selbstaflösung und den Beitritt zum *Deutschen Freidenker-Verband (Sitz Berlin West)*. Und wenig später, auf dem Verbandstag am 1./2. Juni 1991 in Braunschweig, ging der (ehemalige) DDR-Freidenker-Verband organisatorisch im *Deutschen Freidenker-Verband (Sitz Dortmund)* auf. Wie Zeitzeugen berichten, verbanden die ostdeutschen Freidenker mit diesem Schritt die Erwartung, dass die Arbeit auf eine möglichst breite Basis gestellt würde. Die Dortmunder Freidenker wurden Mitglied im *Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit*. 1995 verließen sie diesen bzw. dessen Rechtsnachfolger, den *Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e. V.*, wegen Differenzen mit der *Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft* jedoch wieder.²⁵

Heute sind dem DFV etwa zwanzig Landes- und Regionalverbände zuzuordnen, die teilweise sehr schwach sind. Bundesweit haben die Freidenker heute etwa 3000 Mitglieder²⁶ bei einer extrem überalterten Mitgliederstruktur. Junge Mitglieder fehlen völlig, das Durchschnittsalter der aktiven Mitstreiter liegt nach einer internen Feststellung „irgendwo zwischen sechzig und siebzig Jahren“²⁷. Auf dem Magdeburger Verbandstag im Juni 2000 wurde festgestellt, dass „die Mitgliederentwicklung sowie die Altersstruktur des DFV ... Anlass zu ernsthafter Sorge über das Weiterbestehen des Verbandes (geben)“.²⁸

Die Geschichte der Freidenker in Westdeutschland wurde bisher wissenschaftlich nicht ausreichend untersucht. Dennoch lässt sich für die Jahrzehnte nach dem Krieg ein fast beispielloser Bedeutungsverlust der Freidenkerbewegung feststellen: Vor der Machtergreifung Hitlers waren die Freidenker-Verbände trotz ihrer Zersplitterung eine einflussreiche Bewegung. Nach 1945 ist es nicht gelungen, an die Bedeutung der Bewegung in der Weimarer Republik anzuknüpfen. Mitte der 50er Jahre dürfte es etwa 5000 bis 6000 organisierte Freidenker in Deutschland (West) gegeben haben, für das Ende der 70er Jahre wird – seltsamerweise – sogar die Zahl von 12000 Mitgliedern

²⁵ Im Unterschied zu den angelsächsischen Unitariern verstehen sich die deutschen Unitarier dezidiert als außerchristliche Religionsgemeinschaft. Die Freidenker werfen ihnen mangelnde Distanz zum Nationalsozialismus vor und bezeichneten ihre Gemeinschaft als „Nazi-Organisation“, vgl. Freidenker 2/1995, 44f. Zur Problematik vgl. auch den interessanten Beitrag von Ulrich Nanko, Nationalsozialismus und Freireligiöse nach 1945, in: *humanismus aktuell* 7/2000, 122-130.

²⁶ Meine Anfrage nach der Zahl der Mitglieder hat der DFV leider nicht beantwortet. Die genannte Zahl orientiert sich an Wolfgang Kaul, *Die freigeistige Bewegung und ihr Wirken in der Gesellschaft*, in: *humanismus aktuell* 7/2000, 80.

²⁷ Norbert Müller, *Jugendarbeit als Zukunftsaufgabe des DFV*, zu finden unter www.freidenker.de/aktuell/verbandstag2000_1.htm.

²⁸ Ebd.

FREIDENKER

Nr. 2-97 Juli 1997
56. Jahrgang



Religionskritik

René Descartes
1596 – 1650

Baruch Spinoza
1632 – 1677

Ludwig Feuerbach
1804 – 1872

Werner Krauss
1900 – 1976

die Voraussetzung
aller Kritik

Einzelheft DM 4.- G 10783 F ISSN 0945-6988

Zeitschrift des Deutschen Freidenker-Verbandes (Sitz Dortmund)

genannt.²⁹ Damit waren die Freidenker in der alten Bundesrepublik politisch bedeutungslos. Verschärft wurden die Probleme auch dadurch, dass die Freidenkerbewegung politisch gespalten war: Die Zeitschrift MIZ polemisierte Anfang 1990: „In der Nachkriegszeit zerfiel der DFV der BRD ... in zahlreiche Gruppen und Grüppchen, die sich untereinander zerstritten. So machten sich in den siebziger Jahren der DFV-Bundesverband mit Sitz in Dortmund, DKP-hörig, und der DFV-Landesverband Berlin (West), SPD-nahe, gegenseitig das ‚DFV‘ streitig. Ansonsten beschäftigten sie sich mit Feiern aller Art, Jugendweihen, Beerdigungen und Festansprachen und wurden für ihren weltanschaulichen Service mit Staats- und Parteigeldern bedacht.“³⁰

Auch die Veränderungen im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung haben nicht den erhofften Aufschwung gebracht. Selbst Freunde und Sympathisanten der Freidenker müssen konstatieren, dass diese heute „ein Schattendasein“ führen.³¹

Programmatik und Arbeitsschwerpunkte

Gemäß seiner Satzung versteht sich der *Deutsche Freidenker-Verband (Sitz Dortmund)* als Weltanschauungsgemeinschaft, dessen Mitglieder für weltanschauliche Selbstbestimmung eintreten. „Sie fördern und verbreiten eine nichtreligiöse, rational begründete Weltsicht, die sich auf ein Denken frei von Vorurteilen, Dogmen und Tabus stützt und sich an wissenschaftlich begründeter Erkenntnis orientiert.“³² Der DFV vertritt „die Interessen konfessionsfreier Menschen und unterstützt sie in weltanschaulichen, moralischen und sozialen Fragen“. Er tritt „für Toleranz und die volle Verwirklichung der Gewissens-, Glaubens- und Weltanschauungsfreiheit ein“, er fordert „die konsequente Trennung von Staat und Kirche sowie von Kirche und Schule“ und engagiert sich für die Gleichstellung der Frauen und für die Rechte von Benachteiligten, indem er „entschieden allen Diskriminierungen von ausländischen Mitmenschen, Diskriminierungen wegen des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung, wegen der körperlichen oder geistigen Verfassung entgegen(tritt)“.³³

²⁹ Vgl. Wolfgang Kaul, *Die freigeistige Bewegung und ihr Wirken in der Gesellschaft*, a.a.O., 80.

³⁰ Begräbnis dritter Klasse in Dresden. Zur Gründung eines Deutschen Freidenker-Verbandes in der DDR, in: MIZ 2 /1990.

³¹ Vgl. Wolfgang Kaul, *Die freigeistige Bewegung und ihr Wirken in der Gesellschaft*, a.a.O., 79.

³² Satzung des DFV vom 1./2. Juni 1991, zuletzt geändert vom Verbandstag am 6./7. Juni 1997 in Fulda. Hier zit. nach: www.freidenker.de.

³³ Ebd.

Über das Selbstverständnis des DFV gibt die sog. „Berliner Erklärung“ von 1994 genaueren Aufschluss. Ihr zufolge versteht der DFV „unter freiem Denken und Freidenkertum ... ein Denken,

- das sich befreit von religiösen oder anderen Dogmen und Tabus,
- das jeweils die Suche nach der Wahrheit zum wichtigsten Kriterium hat und dem Wohl des Menschen und der Menschheit verpflichtet ist,
- das für die weltanschauliche Selbstbestimmung des Menschen eintritt,
- dem die Überzeugung zugrunde liegt, daß der Mensch die Fähigkeit besitzt, sich ein Bild von der Welt, wie sie wirklich ist, und seinem Platz in ihr zu machen, seinen Selbstwert aus diesem Zusammenhang zu begreifen und seinem Leben so begründet einen Sinn zu geben,
- das geprägt ist durch die Erfahrungen und den Umgang mit den vielfältigen persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbereichen, den Widersprüchen, Konflikten und deren Lösungsmöglichkeiten, die zur persönlichen Lebenserfahrung werden,
- das ausschließt, daß dem Menschen durch ein religiöses Bekenntnis oder ein von fremder Instanz verordnetes Weltbild die Verantwortung für das eigene Denken und Handeln, für die eigene Lebensgestaltung abgenommen werden kann.“³⁴

Zu den politischen Forderungen des DFV gehört die entschiedene Trennung von Staat und Kirche. Diese wird als „demokratische Selbstverständlichkeit“ beschrieben, „die sich zwingend aus der verfassungsmäßigen Neutralität des Staates in Religions- und Weltanschauungsfragen ergibt“.³⁵

Konkret heißt das:

- „Politische Entscheidungen sollen keiner religiösen Legitimation bedürfen.
- Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften müssen von staatlicher Einmischung frei sein.
- Meinungs- und Gewissensfreiheit sowie Religions- und Weltanschauungsfreiheit als unveräußerliche Menschenrechte sind zu garantieren. Niemand darf wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft privilegiert oder diskriminiert werden.
- Die staatliche Erfassung des religiösen Bekenntnisses sowie der staatliche Einzug der Kirchensteuer verletzen die Religionsfreiheit sowie den Datenschutz und sind einzustellen.

³⁴ Berliner Erklärung vom 1994, hier zit. nach: www.freidenker.de.

³⁵ Ebd.

- Die Taufe unmündiger Kinder darf keine Rechtsansprüche der Kirchen an den Staat begründen, die Mitgliedschaft in Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ist nach den für alle geltenden Gesetzen zu erwerben. Der Austritt ist gegenüber der Gemeinschaft und nicht gegenüber staatlichen Stellen zu erklären.
- Alle Konkordate und Verträge, die besondere Rechte und Beziehungen zum Staat begründen, sind zu kündigen. Staatsleistungen zur ‚Wiedergutmachung‘ der Säkularisierung von kirchlichem Besitz im Gefolge der Französischen Revolution sind einzustellen.
- Alle steuerrechtlichen und sonstigen Bestimmungen, die zur Privilegierung oder Ungleichbehandlung der Mitglieder von Kirchen, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften führen, sind aufzuheben.
- In kirchlichen Einrichtungen muß das allgemeine Arbeits- und Tarifrecht sowie das Personalvertretungsrecht uneingeschränkt gelten.
- Die öffentliche Hand muß flächendeckend eine ausreichende Zahl von weltanschaulich-bekennnismäßig neutralen Sozialeinrichtungen anbieten. Der freie Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung in sozialen und erzieherischen Berufen, ist auch für konfessionsfreie Menschen zu gewährleisten.
- Die staatliche Organisation und Finanzierung der Militär- und Anstaltsseelsorge ist zu beenden. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung darf nicht von religiösen Motiven abhängig gemacht werden, es muß uneingeschränkt auch für Konfessionsfreie gelten.“³⁶

Mit Blick auf Schulen und Bildungseinrichtungen wird gefordert:

- „Öffentliche Pflichtschulen müssen als Gemeinschaftsschulen weltanschaulich neutral sein, Missionierung und Glaubensunterweisung darf nicht auf Kosten aller Steuerzahler stattfinden.
- Verfassungs- und gesetzliche Bestimmungen, die Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach und Lehrplanbestandteil garantieren, sind aufzuheben. Daraus folgt auch, daß es keine Verpflichtung zur Teilnahme an einem Zwangs-‚Ersatz‘unterricht (z. B. Ethik) geben darf, was einen Bedarf an moralisch-sittlichem Nachhilfeunterricht für konfessionsfreie Schülerinnen und Schüler unterstellt.
- Der Religions- und Weltanschauungsfreiheit entspräche ein Unterrichtsfach, das von einem neutralen Standpunkt über Geschichte und Inhalte von Religionen und philosophischen Richtungen informiert, und so die mündige, eigenverantwortliche Orientierung ermöglicht und befördert.

³⁶ Ebd.

- ‚Konkordats‘-Lehrstühle an öffentlichen Hochschulen und Universitäten sind abzuschaffen, öffentliche Zuschüsse für kircheneigene Bildungseinrichtungen sind zu streichen.“³⁷

Auf dem Verbandstag des DFV im Juni 2000 in Magdeburg sagte Hans Lutter: „Wir verstehen uns wie vor 120 Jahren als Interessenvertreter konfessionsfreier Menschen. Auch heute richtet sich unsere Kritik gegen bestimmte religiöse und kirchliche Erscheinungen und wir fordern mit allem Nachdruck die Trennung von Staat und Kirche und damit die Aufhebung des Staatskirchentums, wir fordern mit gleichem Nachdruck die konsequente Trennung der Schule von der Kirche sowie die Beseitigung des Militärseelsorgevertrages mit all seinen Konsequenzen ...“³⁸

Einschätzung

Die großen, gesellschaftspolitischen Forderungen des DFV stehen in einem eigenartigen Widerspruch zur tatsächlichen Bedeutung bzw. Bedeutungslosigkeit dieser Organisation in Deutschland. Erschöpft war die Lebenskraft der (westdeutschen) Freidenker schon 1989. Sie führten, wie der Vorsitzende der (West-)Berliner Freidenker später selbstkritisch sagte, „eigentlich immer ... ein Nischen- oder Sektendasein“.³⁹

Die Kirchen- und Religionskritik der im Dortmunder Verband organisierten Freidenker ist antiquiert und hat in den vergangenen Jahrzehnten keine neuen Impulse bekommen. In den Texten des DFV spiegelt sich durchgängig eine simple marxistische Gegenüberstellung von Religion und Wissenschaft wider, die in den Gründungsjahren der Freidenker gewiss für Zündstoff gesorgt hat, heute jedoch an den religiösen und politischen Diskussionen vorbei geht. Allein die fortgesetzte Beschwörung, der Mensch könne „eine rational begründete Weltsicht“ einnehmen, die sich „auf ein Denken frei von Vorurteilen, Dogmen und Tabus stützt und sich an wissenschaftlich begründeter Erkenntnis orientiert“, wird den erkenntnistheoretischen Diskussionen der Moderne nicht gerecht. Eigenartig ist schließlich, dass die Freidenker höchst unbekümmert Rationalität und Wissenschaftlichkeit für sich reklamieren, ohne wahrzunehmen, dass ihr eigenes Gedankengebäude selbst einem Glaubenssystem gleicht.

³⁷ Ebd.

³⁸ Hans Lutter, Eröffnungsrede zum Verbandstag des DFV im Juni 2000 in Magdeburg, hier zit. nach: www.freidenker.de.

³⁹ Wir sind auf der Höhe der Zeit, Interview mit Dr. Klaus Sühl, in: *diesseits* 1/1992, 14.

Auch die politischen Positionen des DFV klingen wie das Echo aus Zeiten des kalten Krieges bzw. vergangener Klassenkämpfe. Auf einer Demonstration aus Anlass des ersten Jahrestages der Intervention der NATO in Bosnien bezeichnete der Bundesvorsitzende des DFV, Klaus Hartmann, den Präsidenten der USA als „Kriegsverbrecher“ und den Bundesverteidigungsminister als „Irren“.⁴⁰ Einige Monate zuvor hatte Hartmann in einem polemischen Artikel die Bundesrepublik einen „imperialistischen Staat“⁴¹ genannt.

Wie ein Relikt aus politischen Diskussionen der 70er Jahre (West) bzw. der 80er Jahre (Ost) liest sich auch die Rede Hans Lutters auf dem Verbandstag 2000, wenn es z. B. heißt: „Wir nehmen zur Kenntnis, was sich, insbesondere in den letzten Jahrzehnten, verändert hat und unser Verband reagiert darauf entsprechend. Und dazu gehört eben unter anderem, dass sich auch unter Gläubigen partielle Veränderungen vollzogen haben. Es gibt ja nicht nur die Gaukler und die Scheinheiligen, die das Vaterunser beten und zugleich Krieg und Völkermord bejahen und bejubeln, sondern wir treffen viele Christen in jenem linken politischen Spektrum, dem wir selbst angehören, die sich, wie wir Freidenker, dem Antifaschismus, dem Antirassismus und dem Antimilitarismus verpflichtet sehen und sich im Geiste dieser humanistischen Werte politisch engagieren. Hier ist für uns Freidenker Toleranz angesagt, – mehr noch: in unserer Berliner Erklärung haben wir auf Grund dieser Erkenntnisse den christlich-marxistischen Dialog und die politische Zusammenarbeit mit eben diesen Christen festgeschrieben.“⁴²

Anfang des 21. Jahrhunderts sind die im DFV organisierten Freidenker in eine paradoxe Situation geraten. Nachdem sie jahrzehntelang mit freudiger Zustimmung die wachsende Säkularisierung beobachtet haben, drohen sie jetzt am Bedeutungsverlust der Kirchen zu scheitern. Nirgends sind sie so schwach wie da, wo auch die Kirchen schwach sind. Es reicht eben nicht, nur „gegen“ etwas zu sein. Die im *Deutschen Freidenker Verband, Sitz Dortmund* organisierten Freidenker haben es versäumt, eigene politische Wertvorstellungen und kulturpolitische Ziele zu entwickeln.

⁴⁰ Erster Jahrestag des NATO-Überfalls auf Jugoslawien, in: Freidenker 2/2000, 35.

⁴¹ Klaus Hartmann, „Humanistische“ Kriegshetze, in: Freidenker 3/1999, 43.

⁴² Hans Lutter, Eröffnungsrede zum Verbandstag des DFV im Juni 2000 in Magdeburg, a.a.O.

Deutscher Freidenker-Verband e. V. (DFV)

c/o Klaus Hartmann
Starkenburgring 4
63069 Offenbach



Der DFV gibt die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „*Freidenker*“ heraus.

Im Internet ist der DFV unter www.freidenker.de zu finden.

Weitere wichtige Internetseiten sind:

www.freidenker.org (diese Seite enthält nützliche Links zu den Landes- und Mitgliedsverbänden des DFV), www.muenchen.freidenker.org, www.brandenburger-freidenker.de und www.freidenker.ch/main.html.

Neuere Literatur (Auswahl)

Jan Bretschneider, Hans Günter Eschke (Hg.), Lexikon freien Denkens, Loseblattsammlung, Angelika Lenz Verlag, Neustadt am Rübenberge 2000

Deutscher Freidenker-Verband (Hg.), Wer sind die Freidenker und was wollen sie?, o.O., 1994

Ders., Jugendweihe – Jugendfeier. Nicht religiös und doch 14, in: Freidenker-Spezial 1998

Verband der Freidenker (VdF)

Die DDR-Freidenker – *Verband der Freidenker* – hatten die Zeitschrift „Freidenker-Journal“ herausgegeben. Das erste Heft erschien Anfang 1990. Obwohl die Hefte in einer politisch ungewöhnlich aufregenden Zeit erschienen sind, behandeln sie sonderbarerweise Themen wie Freikörperkultur, Horoskope, Buddhismus und Atlantis. 1990 sind insgesamt fünf Hefte erschienen. Ende 1989 gab es das Heft „Freidenker. Dokumente und Informationen“ mit einer Grußadresse von Erich Honecker. Hier ist auch die erste Satzung der DDR-Freidenker abgedruckt, in der nicht nur stand, dass der VdF die „Politik des sozialistischen Staates und seiner führenden Kraft, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, unterstützt“, sondern auch die Aufnahme neuer Mitglieder von der Bestätigung derselben durch übergeordnete Freidenker-Gremien (!) abhängig gemacht wurde.

Der Humanistische Verband Deutschlands

Durch die Wiedervereinigung hat sich das geistige und religiöse Klima in Deutschland verändert. In bisher nicht gekannter Entschiedenheit wurde der Status quo der (westdeutschen) Kirchen hinterfragt. Die Einführung der Kirchensteuer in Ostdeutschland, die Diskussion um den Religionsunterricht sowie um die kirchliche Seelsorge in der Bundeswehr warfen Fragen auf, die in der alten Bundesrepublik viele Jahre keine Relevanz hatten. Die massiven Verwerfungen in der Arbeitswelt als Folge des Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft hatten auch Konsequenzen für die traditionellen religiösen Milieus im Westen Deutschlands: Kirchenfern sozialisierte Arbeitnehmer aus den neuen Bundesländern zogen in volksgemeinschaftlich geprägte Regionen Westdeutschlands, systemnahe und ebenfalls kirchenferne ostdeutsche Akademiker suchten neue berufliche Aufgaben bei freien Trägern, Stiftungen und in der Industrie. Kurz: Die Wiedervereinigung Deutschlands führte zu einem rasanten Säkularisierungsschub, der den Freidenkern und ihren Ideen neuen Auftrieb verlieh. Intensiv wurde in den Jahren 1990/91 über den Aufbau einer kraftvollen und handlungsfähigen Organisation diskutiert. Nachdem zahlreiche Anläufe⁴³ gescheitert waren, wurden Ende 1992 die Konturen einer Organisation deutlich, die in der Lage sein dürfte, das geistige Klima in Deutschland nachhaltig zu beeinflussen.

Geschichte und Organisation

Der *Humanistische Verband Deutschlands* (HVD) wurde am 14. Januar 1993 in Berlin gegründet. Vorausgegangen waren diesem Schritt intensive und kontroverse Diskussionen über die Notwendigkeit einer Dachorganisation der Konfessionslosenverbände in Deutschland. An der Gründung waren sowohl Verbände aus den alten wie auch aus den neuen Bundesländern beteiligt, so etwa die *Freigeistige Landesgemeinschaft Nordrhein-Westfalen*, die *Freien Humanisten Sachsen-Anhalt*, der *Interessenverband der Konfessionslosen in Brandenburg* und der *Berliner Landesverband des Deutschen Freidenker-Verbandes*⁴⁴. Später schlossen sich weitere Verbände wie z. B. die *Freidenker Wuppertal* und die *Freien Humanisten* aus Niedersachsen an.⁴⁵

⁴³ Vgl. Werner Schultz, Organisationsdebatte, in: diesseits 1/1991, 26f.

⁴⁴ Der Berliner Landesverband des Deutschen Freidenker-Verbandes verabschiedete sich am 22. Mai 1993 von diesem traditionellen Namen und nannte sich in Berliner Landesverband des HVD um. Der Vorsitzende blieb Klaus Sühl.

⁴⁵ Vgl. Christian John, Auf neuen Pfaden. Humanisten auf der Suche nach tragfähigen Konzepten, in: diesseits 2/1998, 3.

Für die neue, bundesweit tätige Organisation wurde ein Name gewählt, mit dem sich nicht nur die verschiedenen Mitgliedsverbände identifizieren konnten, sondern der auch international zugkräftig ist. Die Entscheidung fiel auf „Humanistischer Verband“, weil die Konfessionslosenverbände vieler Länder ihre Weltanschauung als „humanistische Lebensauffassung“ apostrophieren und das Wort „Humanismus“ in diesem Kontext meist als nicht-religiöse Lebensauffassung verstanden wird.⁴⁶

Der HVD ist eine Weltanschauungsgemeinschaft, die sich das Ziel gesetzt hat, „eine Interessenvertretung für die wachsende Zahl der Menschen zu schaffen, die sich keiner religiösen Weltanschauung zugehörig fühlen“.⁴⁷ Der Verein versteht sich als „Kultur- und Interessenorganisation von Humanistinnen und Humanisten in Deutschland“.⁴⁸ Seine Mitglieder „sind miteinander durch säkulare ethische Lebensauffassungen verbunden“.⁴⁹ Zweck des HVD ist „die Förderung von Humanismus und Humanität auf weltlicher Grundlage“.⁵⁰ Der Verband ist der Überzeugung, dass „ein moderner praktischer Humanismus im Kern darin besteht, dass Menschen ein selbstbestimmtes und verantwortliches Leben führen und einfordern, ohne sich dabei religiösen Glaubensvorstellungen zu unterwerfen“.⁵¹

Der HVD versteht sich als Teil der internationalen humanistischen Bewegung und ist Mitglied in der *Internationalen Humanistischen und Ethischen Union* (IHEU), die – nach eigenen Angaben – weltweit mehr als vier Millionen Mitglieder repräsentiert.

In Deutschland ist der HVD ein Dachverband von knapp dreißig selbständigen Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen aus dem Spektrum der Konfessionslosen, der Atheisten, der Agnostiker, der Freidenker usw. Da seine organisatorische Kraft begrenzt ist, ist er nicht in allen Bundesländern vertreten.⁵² Auch die Arbeitsschwerpunkte variieren je nach Bundesland und Mitgliederstruktur. Bundesweit hat der HVD – nach eigenen Angaben – derzeit etwa 10 000 Mitglieder.

Den mitgliederstärksten Landesverband stellen die *Freien Humanisten* in Niedersachsen (K. d. ö. R.), der politisch einflussreichste und in der sozialen Arbeit bedeutendste Landesverband ist der von Berlin. Hier unterhält der HVD zahlreiche soziale Einrichtungen (Sozialstationen, Beratungsstellen, Selbsthilfeprojekte, Kindertagesstätten

⁴⁶ Vgl. ebd.

⁴⁷ HVD (Hg.), *Humanistischer Verband Deutschlands – die Interessenvertretung für Deutschlands Konfessionslose*, zu finden unter www.humanismus.de.

⁴⁸ HVD (Hg.), *Humanistisches Selbstverständnis 2001*, beschlossen am 10. 11. 2001 durch die HVD-Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover, vorhanden im Archiv der EZW.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Ebd.

⁵² Nennenswert sind die Landesverbände in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

usw.)⁵³ und bietet in beachtlichem Maße Lebenskundeunterricht⁵⁴ an. Der Berliner Landesverband hat etwa 1000 Mitglieder und bemüht sich um Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Berliner Senat unterstützte in den letzten Jahren die Arbeit mit Fördermitteln in Höhe von jährlich ca. 1,6 Millionen DM. Berlin ist auch das politische Zentrum des HVD und Sitz des Bundesverbandes. Dieser Standort ist strategisch klug gewählt. Denn in Berlin befindet sich nicht nur das neue politische Zentrum Deutschlands, Berlin ist auch die am weitesten säkularisierte Stadt, und in den östlichen Stadtgebieten lebt eine Schicht kirchenferner Intellektueller, wie man sie vergleichbar in keiner anderen Stadt Deutschlands findet. Das geistige Klima Berlins kommt den Interessen eines kirchenkritischen bzw. humanistischen Verbandes also entgegen. Dies gilt um so mehr, als Berlin seit Januar 2002 von einer SPD-PDS-Koalition regiert wird. Für den HVD ist dieser politische Umschwung gewiss von Vorteil.

Beim HVD ist man sich der Vorzüge des Standorts Berlin durchaus bewusst. In „diesseits“ schrieb 1998 der Berliner Landesvorsitzende des HVD, Christian John: „Rechtzeitig zum Regierungsumzug ... sind die Humanisten in der Hauptstadtregion jetzt so präsent wie niemals zuvor. ... Für den Humanistischen Verband bietet sich nun erstmals die Chance, sich auf diesem wichtigen Markt zu tummeln, Vertrauensverhältnisse zu Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Kultur aufzubauen und so an Status und Einfluss zu gewinnen. In der Ministerialbürokratie werden künftig tendenziell jüngere und damit auch kirchenferne Bewerber aus Berlin und Brandenburg zum Zuge kommen. Dieser Trend wird dadurch verstärkt, daß CDU und CSU als dezidiert christliche Parteien nicht mehr in der Regierung vertreten sind.“⁵⁵

Wie es in dem Beitrag weiter heißt, sollen sich bereits einflussreiche Vertreter der SPD für die Arbeit des HVD interessieren. „Politische Unterstützung sagten sowohl der Potsdamer SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Emil Schnell als auch Klaus-Dietrich Krüger für die Brandenburger SPD-Landtagsfraktion sowie Kirstin Fusan-Freese für die Berliner SPD-Abgeordnetenhausfraktion zu.“⁵⁶ Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass der Bundesvorsitzende des HVD, Rolf Stöckel, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion ist. Weitere prominente Mitglieder des Bundesvorstands sind Gerd Wartenberg (SPD),

⁵³ Vgl. www.hvd-berlin.de/soziales.htm.

⁵⁴ Das Unterrichtsfach Lebenskunde hat in Berlin eine mehr als 80-jährige Tradition. 1982 wurde das Fach im damaligen Westteil der Stadt als Alternative zum Religionsunterricht wieder eingeführt und von den Freidenkern verantwortet. Heute bietet der HVD das Fach an und unterhält seit 1999 ein Ausbildungsinstitut für Lebenskundelehrer. Lebenskunde ist ein freiwilliges Unterrichtsfach ohne Zensuren. Es ist faktisch die Alternative zum Religionsunterricht.

⁵⁵ Christian John, Unter Dach und Fach. Neun Humanistische Organisationen gründen Berlin-Brandenburger Dachverband, in: diesseits 2/1999, 16.

⁵⁶ Ebd., 17.

Staatssekretär in Berlin und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund, Wolfgang Lüder (FDP), ehemaliger Wirtschaftssenator Berlins, Frieder Otto Wolf (Bündnis 90/Die Grünen), früheres Mitglied des Europaparlaments und Maritta Böttcher (PDS), Mitglied des Bundestages.

Wie weit die organisatorische Kraft des HVD trotz aller Schwierigkeiten reicht, konnte man im Frühjahr 1999 beobachten: Damals gründeten in Potsdam neun kleinere Regionalverbände den *Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg* (HVBB) als Ersatz für den 1999 in Konkurs gegangenen *HVD Brandenburg*. Zu den Gründern zählten neben dem Berliner Landesverband des HVD das *Humanistische Internationale Begegnungs- und Beratungszentrum* in Eberswalde und der *Humanistische Freidenkerbund Brandenburg*⁵⁷, der bislang nicht mit dem HVD verbunden war.⁵⁸

Es ist davon auszugehen, dass der HVD sich weiterhin intensiv um eine bessere Koordination der Arbeit der überwiegend recht kleinen freigeistigen bzw. humanistischen Verbände bemühen wird. So hatte die Humanistische Akademie des Berliner HVD am 17. Februar und am 28. September 2001 in Berlin zu „Koordinierungstreffen“ verschiedener freigeistiger und humanistischer Verbände eingeladen. Gegründet wurde ein loses Bündnis („Sichtungskommission“), das der *Deutsche Freidenker Verband (Sitz Dortmund)* inzwischen wieder verlassen hat. Neu hinzugekommen ist die *Interessenvereinigung für humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe*. Trotz der Differenzen in vielen grundlegenden Fragen (strittig ist beispielsweise die Frage nach dem Körperschaftsstatus) möchte man langfristig die Arbeit besser koordinieren und die Kräfte für die gemeinsame politische Arbeit bündeln.

Einer besseren Zusammenarbeit dient auch die intensive Tagungsarbeit. Anfang Dezember 2001 hat die Humanistische Akademie in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine beachtenswerte Tagung zur fortschreitenden Säkularisierung in Deutschland durchgeführt. Für Anfang Mai 2002 ist eine Veranstaltung aus Anlass der 150-jährigen Geschichte der Jugendweihe vorgesehen. Im Jahre 2003 wird man sich voraussichtlich mit den staatlichen Zuschüssen an die Kirchen und Religionsgemeinschaften und mit anderen kirchenpolitischen Fragen beschäftigen.⁵⁹

⁵⁷ Der im April 1995 neu gegründete *Humanistische Freidenkerbund Brandenburg* (im Internet derzeit unter www.bfg-bayern.de/hfb/hfbindex.htm zu finden) ist insofern ein Sonderfall, als er zugleich Mitglied im *Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg e. V.* und im *Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e. V.* ist. Die enge Verquickung wird in den Ämtern seines Vorsitzenden, Dr. Volker Mueller, deutlich, der zugleich Präsident des DFW ist. Der *Humanistische Freidenkerbund Brandenburg* ist also auch nicht mit dem *Brandenburgischen Freidenkerverband e.V.*, der Mitglied im *Deutschen Freidenker-Verband (Sitz Dortmund)* ist, zu verwechseln.

⁵⁸ Vgl. Christian John, *Unter Dach und Fach*, a.a.O., 17.

⁵⁹ Sämtliche Angaben aus: *Verbands-Koordination*, in: MIZ 1/2001, 19.

Für den HVD ist die Zusammenarbeit mit den anderen freigeistigen Organisationen einerseits wichtig, um die Arbeit mit den vorhandenen und begrenzten Mitteln auf eine möglichst breite Basis zu stellen. In der Zukunft könnte die Frage der Kooperation jedoch auch zu einem Problem für den HVD werden. Dafür ein Beispiel: Mitte des Jahres 2001 hat der Hamburger Landesverband des HVD in Zusammenarbeit mit dem *Sächsischen Verband für Jugendarbeit und Jugendweihe e.V.*, der *Jugendweihe Hamburg e.V.*, der *Stiftung Geistesfreiheit* und dem Verein *Barnimer Jugendweihe* eine neue Ausgabe der Broschüre „Freier Blick. Blätter für die Jugend zu Fragen unserer Zeit“ veröffentlicht. Das Heft enthält – neben einer Reihe plausibler Aufsätze und Interviews – eine scharfe antireligiöse Polemik, die sich im Eifer in die Nähe antisemitischer Stereotypen bewegt und darüber hinaus zahlreiche Fehler präsentiert.⁶⁰ Für die beteiligten Jugendweihe-Verbände ist eine solche Publikation im ungünstigsten Fall ein Schönheitsfehler – für den HVD sind solche Broschüren rufschädigend. Deshalb wird sich der Bundesverband in den nächsten Jahren entweder genauer fragen müssen, mit wem er zusammenarbeiten möchte, oder aber er wird die Zügel stärker in die eigene Hand nehmen müssen. Ob sich das die vergleichsweise selbständigen Landesverbände gefallen lassen, bleibt abzuwarten.

Programmatik und Arbeitsschwerpunkte

Der HVD sieht sich in der Tradition der europäischen Aufklärung und beruft sich auf die bürgerlich-liberalen, aber auch auf die proletarisch-antikirchlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts als seine Vorläufer. Heute fühlt sich der HVD der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen verpflichtet und tritt für das Selbstbestimmungsrecht des Menschen ein.⁶¹ Der HVD propagiert eine sog. „humanistische Lebensauffassung“. Diese betont die Freiheit des Einzelnen, kennt keine absoluten Wahrheiten, erinnert an die Verantwortung für die Natur, mahnt zu Solidarität mit den Schwächeren und setzt sich für Toleranz dem Fremden gegenüber ein.⁶² Im politischen Alltag bedeutet dies, für die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften einzutreten sowie das Engagement für ein Recht auf ein „selbstbestimmtes Sterben“. Zu den politischen Forderungen des HVD gehört eine klare Trennung von Staat und Kirche. In einem Grundsatzpapier wird erklärt, dass die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht der im Grundgesetz festgehaltenen Neutralität des Staats entspricht: „Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, dazu Schulgebete und Schulgottesdienste, beam-

⁶⁰ Vgl. Andreas Fincke, Freier oder getrübler Blick?, in: MD der EZW 3/2002, 79f.

⁶¹ Vgl. HVD (Hg.), Humanistischer Verband Deutschlands – die Interessenvertretung für Deutschlands Konfessionslose, zu finden unter www.humanismus.de.

⁶² Ebd.

tete Pfarrer in Bundeswehr und Strafvollzug, Einzug der Kirchensteuern durch den Staat.⁶³ Weiter heißt es: „Seine Pflicht zur Gleichbehandlung aller Menschen verletzt der Staat auch, wenn er soziale und karitative Aufgaben überwiegend an die beiden christlichen Kirchen überträgt. Die Machtfülle der Kirchen bewirkt, daß überwiegend religiöse Wertvorstellungen in unserer Gesellschaft propagiert werden und sogar in der Verfassung ein Gottesbezug verankert ist. In einer säkularisierten Gesellschaft ist die Anerkennung der weltanschaulichen Pluralität zu verwirklichen, indem endlich die Trennung von Staat und Kirche(n) vollzogen wird.“⁶⁴

Der HVD fordert deshalb:

- „Die Privilegierung der großen Kirchen in Konkordaten oder Staatsverträgen ist abzuschaffen. Bis dahin sind die darin enthaltenen Festlegungen sinngemäß auch auf andere Weltanschauungsgemeinschaften anzuwenden und die verfassungsmäßig geforderte Gleichbehandlung umzusetzen;
- es ist für eine stabile institutionelle Förderung der Träger eigenständiger weltanschaulicher Arbeit ein geeigneter Rechtsrahmen zu schaffen;
- der Kirchensteuereinzug durch den Staat ist zu beenden; alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sollten ihre Mitgliedsbeiträge ohne Hilfe der staatlichen Finanzämter einziehen;
- die noch immer erfolgenden staatlichen Ausgleichszahlungen für die Säkularisierung der Kirchengüter von 1803 sind endlich einzustellen;
- das Recht aller demokratisch verfassten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf gleichberechtigte Förderung auf allen Ebenen des Bildungssystems soll umgesetzt werden;
- die Vermittlung demokratischer Grundwerte und Lebensauffassungen als Pflichtaufgabe der öffentlichen Schule darf nicht an den Religionsunterricht delegiert werden;
- ein ergänzender Religions- und Weltanschauungsunterricht (z. B. ‚Humanistische Lebenskunde‘) ist keine staatliche Aufgabe, sondern muss inhaltlich und formal eigenständig von den entsprechenden Gemeinschaften selbst gestaltet werden;
- in den öffentlich-rechtlichen Medien ist die Bevorzugung der christlichen Kirchen zu beenden; in den Bereichen der Öffentlichkeit, die staatlicher Verantwortung unterliegen, darf keine Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft benachteiligt werden. In diesen Bereichen sind alle Zeichen religiöser Art zu entfernen.“⁶⁵

⁶³ Ebd.

⁶⁴ HVD (Hg.), Humanistisches Selbstverständnis 2001, a.a.O.

⁶⁵ Ebd.

Zu den wichtigsten Tätigkeitsfeldern des HVD gehören:

- Lebenskundeunterricht: In Berlin nahmen im Schuljahr 2000/2001 etwa 28 600 Schüler/innen (davon etwa 70 Prozent aus den östlichen Stadtbezirken) an diesem Unterricht teil. Gemessen am Vorjahr konnte erneut eine deutliche Steigerung der Teilnehmerzahlen erreicht werden. (Zum Vergleich: Im Schuljahr 1989/90 nahmen im damaligen Westberlin lediglich 1000 Schüler am Lebenskundeunterricht teil.⁶⁶) Für den Unterricht stehen etwa 350 Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung, von denen etwa jeder Dritte beim HVD angestellt ist. Der Berliner Senat trägt 90 Prozent der anfallenden Personalkosten.
- Jugendweihen (hier Jugendfeiern): Im Jahre 2001 konnte der HVD etwa 12 500 Jugendfeiern durchführen.
- Kultur- und Bildungsangebote: Im Sommer 1997 hat der HVD in Berlin die Humanistische Akademie als Studien- und Bildungswerk gegründet. Die Akademie möchte der „Diskriminierung der Konfessionsfreien im Bildungssektor“⁶⁷ entgegenwirken und soll als Pendant zu den kirchlichen Akademien ausgebaut werden. Sie ist Herausgeberin der Zeitschrift „humanismus aktuell“, die zweimal jährlich in einer Auflage von etwa 500 Exemplaren erscheint und ein hohes Diskussionsniveau widerspiegelt.
- Gesundheits- und Sozialangebote: Lokale, landes- und bundesweite Einrichtungen und Projekte bieten „humanistische Beratung, Begleitung und Betreuung“ an. Diese „zielen auf die Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung des Selbsthilfepotentials und die Organisation von Selbsthilfe“.⁶⁸
- Patientenbetreuung und Sterbebeistand: Der HVD hat eine eigene Patientenverfügung erarbeitet, in der Wünsche und Behandlungsziele für kritische bzw. todesnahe Situationen dokumentiert werden. Der HVD unterstützt beim Ausfüllen und bei der Hinterlegung dieser Willenserklärung (vgl. www.patientenverfuegung.de). In den Augen des HVD sind die kirchlichen Patientenverfügungen nicht ausreichend. Er fordert vielmehr, „dass Schwerstkranken Sterbebegleitung sowie gleichzeitig Sterbehilfe auf ihren Wunsch hin anzubieten sind“. Ausdrücklich wird gefordert, dass „Christen und Humanisten ... sich zusammentun (sollten), um auf der Basis des Patientenwillens eine Praxis des Mitgefühls auf den Weg zu bringen“. Das holländische Modell einer aktiven Sterbehilfe lehnt der HVD allerdings als Vorbild für die Rechtsprechung in Deutschland ab.

⁶⁶ Vgl. die kurze Meldung in: diesseits, September 1989, 40.

⁶⁷ Eine neue Akademie und ihre wissenschaftliche Zeitschrift, in: humanismus heute, hg. von der Humanistischen Akademie, Heft 1, Berlin 1997, 5.

⁶⁸ HVD (Hg.), Humanistisches Selbstverständnis 2001, a.a.O.

Glauben Sie an den Osterhasen?

- Humanistische Kindergärten
- Jugendgruppen
- Jugendfeier
- Jugendreisen
- Bildungs- und Kulturveranstaltungen
- Patientenverfügungen
- Bestattungsreden

Wir nicht.

Humanistischer Verband Deutschlands.
Die Interessenvertretung
für Konfessionsfreie in Nürnberg.

Werden Sie Mitglied

Info unter:

0180 / 11 123 11
zum Ortsamt

www.hvd.nuernberg.de



Humanistischer Verband Deutschlands - Nürnberg
Karl-Brügel-Strasse 13 - 90478 Nürnberg

**Für Menschlichkeit
und Vernunft**



Werbeblatt des HVD

- Humanistische Beratung: Der HVD möchte in Zukunft (in Analogie zur kirchlichen Seelsorge) das Tätigkeitsfeld eines „humanistischen Beraters“ in Krankenhäusern, Pflege- und Altenheimen, in Gefängnissen und in der Armee etablieren.
- „Lebensgemeinschaftsfeiern“ – „humanistische Hochzeiten“, Eheschließungen homosexueller Paare.

Einschätzung

Die genannten Tätigkeitsfelder zeigen, dass der HVD keine atheistische oder kirchenkritische Weltanschauungsgemeinschaft im traditionellen Sinn sein will, sondern sich vielmehr um praktische Lebenshilfe in einem bestimmten weltanschaulichen Kontext bemüht. Hierin dürften seine Zukunftschancen und seine Stärke liegen, auch wenn er bislang nur über bescheidene Mitgliederzahlen verfügt. Der Zeitgeist ist derzeit den großen Weltanschauungsgemeinschaften nicht günstig, wohl aber gibt es einen gewaltigen Bedarf an Hilfe zur Lebensbewältigung und das ständig wachsende Bedürfnis nach gestaltenden Elementen für das Leben (Namensweihen, Jugendweihen, Eheschließungsfeiern, Trennungsrituale, Grabreden etc.).

1998 schrieb Christian John in einem ausgesprochen interessanten Beitrag über die Suche des HVD nach tragfähigen Konzepten: „Geistige Orientierung und Diskurs, dies in Verbindung mit sozialen Dienstleistungen und praktischer Lebenshilfe – dies ist der konzeptionelle Ansatz des ... HVD. ... Mittel- und langfristig muß der Humanistische Verband die schwierige Aufgabe meistern, Menschen von seiner Sache zu überzeugen, die bisher noch keinen Kontakt mit ihm haben. Um dies zu erreichen, muß all das abgelegt werden, was dem Humanistischen Verband noch Sektiererisches anhaftet. Noch sträuben sich manche gegen weltanschauliche und politische Breite und fühlen sich in einem Nischendasein recht wohl. Oft verbindet sich eine solche Haltung mit einer distanzierten Sicht auf unseren Staat. Dabei ist die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer Staat, ein Staat, mit dem Humanisten sich identifizieren können. Die Zeiten des Bündnisses Thron und Altar sind längst vorbei. Humanisten müssen heute notwendigerweise aus ihren Grundsätzen andere Entscheidungen ableiten als vor 10 oder 20 Jahren. Humanisten begehen einen schweren Fehler, wenn sie sich in fundamentalistischen Posen verkrampfen und jegliche Kooperation mit dem Staat ablehnen. Speziell die Berliner Humanisten haben in den vergangenen Jahren de facto begonnen, das Verhältnis von Staat auf der einen und Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften auf der anderen Seite durch ihre Praxis neu zu bestimmen.“⁶⁹

⁶⁹ Christian John, Auf neuen Pfaden, a.a.O., 4.

Mit seiner Forderung nach einer klareren Trennung von Staat und Kirche befindet sich der HVD im Konsens mit zahlreichen freidenkerischen und atheistischen Bewegungen. Unterschiedliche Auffassungen gibt es jedoch in der Frage, ob man auf eine Abschaffung aller Privilegien für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften drängt, oder ob man vielmehr diese Privilegien auch für sich reklamiert. Die entscheidende Formulierung heißt: „(Der HVD fordert), die Privilegierung der großen Kirchen in Konkordaten oder Staatsverträgen ist abzuschaffen. Bis dahin sind die darin enthaltenen Festlegungen sinngemäß auch auf andere Weltanschauungsgemeinschaften anzuwenden und die verfassungsmäßig geforderte Gleichbehandlung umzusetzen.“⁷⁰ Die Körperschaftsfrage ist also der erste Punkt, an dem die Differenzen zwischen dem HVD und den Freidenkern deutlich wird. Der zweite Punkt berührt das unterschiedliche Verständnis von Religion. Traditionell haben sich die Freidenker die strikte Trennung von Staat und Kirche auf die Fahnen geschrieben und die Überwindung aller Religion durch die Wissenschaft gefordert. Beim HVD ist man zurückhaltender und sieht sich vielmehr aufgerufen, eine eigenständige humanistische Ethik zu entwerfen. Dabei ist man sich der Begrenztheit bzw. „Vorwissenschaftlichkeit“ der eigenen Vorschläge durchaus bewusst.⁷¹ In einem (inzwischen jedoch überarbeiteten) Positionspapier des HVD hieß der entscheidende Satz: „Menschen müssen Sinn immer wieder neu suchen und schaffen, in Lebenssituationen, die nur eingeschränkt von ihnen mitbestimmt und gestaltet werden können. Die Vorstellung des traditionellen Humanismus, dass Menschen ihrem Leben autonom Form und Sinn geben können, trifft nur beschränkt zu.“⁷² Für die Freidenker wäre eine solche Position nicht akzeptabel. Für sie gibt es in der wissenschaftlich-materialistischen Weltanschauung einen objektiven Sinn.⁷³

Ein weiterer Punkt, an dem die Neupositionierung des HVD gegenüber den traditionellen Freidenkern deutlich wird, betrifft den Lebenskundeunterricht in Berlin. Da der HVD für die Trennung von Schule und Religion bzw. Weltanschauung eintritt, bietet er mit diesem Unterricht etwas an, das er eigentlich gar nicht will. Ein, wie Werner Schultz vom HVD zu Recht konstatiert, „für Außenstehende nur schwer nachvollziehbarer Widerspruch“.⁷⁴ Gewiss ist dem HVD dieser Unterricht wichtig, weil er sich damit interessante Einflussmöglichkeiten sichert und ein großer Teil seiner Arbeit über Fördermittel des Senats finanziert wird. Aber das Berliner Modell birgt neue Abgründe: „Fordern wir nur solange Geld vom Staat, wie die Kirchen das für sich in Anspruch nehmen, oder erheben wir mit einem weltanschaulichen Selbstverständnis An-

⁷⁰ HVD (Hg.), *Humanistisches Selbstverständnis 2001*, a.a.O.

⁷¹ Vgl. Werner Schultz, *Pluralismus und Gleichbehandlung*, in: *humanismus heute* 2/1998, 18.

⁷² HVD (Hg.), *Humanistisches Selbstverständnis 2000+*, zu finden unter www.humanismus.de.

⁷³ Vgl. Werner Schultz, *Pluralismus und Gleichbehandlung*, a.a.O., 18.

⁷⁴ Ebd., 17.



Werbeprospekt des HVD, Landesverband Berlin

spruch auf eine solche Finanzierung?“⁷⁵ Eine besondere Dynamik erhält diese Frage dadurch, dass sich der HVD derzeit um Zulassung von Lebenskunde als freiwilliges Unterrichtsfach in Brandenburg bemüht. Nachdem das Potsdamer Bildungsministerium einen entsprechenden Antrag abgelehnt hatte, wurde vom HVD Klage beim Verwaltungsgericht in Potsdam eingereicht und ein möglicher Gang vor das Bundesverfassungsgericht angekündigt. Die Beschwerde richtet sich gegen die „grundgesetzwidrige Benachteiligung“ von Eltern, die für ihre Kinder das Fach Lebenskunde wünschen.⁷⁶ Es ist davon auszugehen, dass der HVD in den Bundesländern, in denen er als Körperschaft organisiert ist (Bayern, NRW, Niedersachsen) sich früher oder später um die Einführung von „Lebenskunde“ bemühen wird.

Vor einiger Zeit trat der HVD mit der Idee an die Öffentlichkeit ein „humanistisches Beratungsangebot“ für konfessionsfreie Soldaten der Bundeswehr aufzubauen. „Ziel der staatunabhängigen Beratung soll die Stärkung der Selbstbestimmungsfähigkeit sowie der ethischen und sozialen Verantwortung des einzelnen Soldaten sein. ... Im Interesse der Gleichbehandlung von Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften beansprucht der Humanistische Verband eine entsprechende finanzielle Förderung seines Beratungsangebots.“⁷⁷ Diese Initiative wurde von anderen Verbänden wie dem *Deutschen Freidenker-Verband*, dem *Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten* oder dem *Bund für Geistesfreiheit* (Erlangen) kritisch kommentiert. Sie monierten, dass der HVD damit eine zentrale Forderung der freigeistigen Bewegungen, nämlich die nach einer klaren Trennung von Staat und Weltanschauung, untergraben würde.⁷⁸ Inzwischen hat die Bundeswehr das Projekt abgelehnt. Der HVD müsste also juristische Mittel einlegen, wobei seine Chancen vermutlich nicht schlecht wären. Für Diskussionen dürfte auch die Idee des HVD sorgen, eine „humanistische Beratung“ in Krankenhäusern, Pflege- und Altenheimen und in Gefängnissen ins Leben zu rufen. Der HVD orientiert sich dabei an der Lage in Holland, wo in etwa 20 Prozent aller Einrichtungen zwischen kirchlicher Seelsorge und humanistischer Beratung gewählt werden kann. Sollte es dem HVD gelingen, ein solches Angebot in Deutschland gut zu etablieren, würde er damit das Ansehen eines säkularen Humanismus deutlich erhöhen und eines der traditionell stärksten Handlungsfelder der Kirchen angreifen.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Vgl. Neues Deutschland vom 11. 10. 2001.

⁷⁷ Zitiert nach einer Meldung unter: www.humanismus.de.

⁷⁸ Zur Diskussion vgl. auch *diesselts* 4/1998, 26f. Hier hatte Peter Schulz-Hageleit, Präsident der Humanistischen Akademie, noch entschieden gegen eine solche Beratung votiert. Er schrieb damals: „Humanistische Beratung in der Bundeswehr ist ebenso deplaziert wie atheistische Aufklärung im Petersdom.“

Humanistischer Verband Deutschlands (HVD)

Humanistischer Verband Deutschlands, Bundesverband
Wallstr. 61-65 in 10179 Berlin
Telefon (0 30) 6 13 90 4-0, Fax (0 30) 6 13 90 4-50



Der HVD gibt die viermal im Jahr erscheinende Zeitschrift „*diesseits*“ heraus. Sie hat den Charakter einer Mitgliederzeitschrift. Ge-gründet wurde die Zeitschrift Ende 1987 unter dem Titel „Diesseits. Zeitschrift für Kultur, Politik und Freidenkertum“ als Nachfolgerin der „Stimme des Freidenkers“ und dem „Freidenkermagazin“. Damals war der Herausgeber der Deutsche Freidenker-Verband, Landesverband Berlin. Ab Heft 4 / 1990 lautet der Untertitel „Zeitschrift für Humanismus und Aufklärung“. Ab Heft 2/1993 hg. vom HVD, Landesverband Berlin.

Einen eher wissenschaftlichen Anspruch verfolgt die erstmals im September 1997 und seither zweimal jährlich erscheinende Zeitschrift „*humanismus aktuell*“, hg. von der Humanistischen Akademie (Berlin).

Der HVD-Nürnberg gibt die Mitgliederzeitschrift „*Lies mich!*“ heraus.

Wichtige Internetseiten sind:

www.humanismus.de, www.lebenskunde.de, www.humanistische-akademie.de,
www.humanismus-aktuell.de, www.patientenverfuegung.de.

Neuere Literatur (Auswahl)

Horst Groschopp, Humanismus und Kultur, erschienen in der Reihe zur Theorie und Praxis des Humanismus, hg. v. Werner Schultz im Auftr. des HVD, Landesverband Berlin, Berlin 2000

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften

Geschichte und Organisation

Der *Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e. V.* (DFW) ist 1991 aus dem *Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit* (gegründet am 8. Oktober 1949 in Wiesbaden) hervorgegangen. Dieser war mit der Intention gegründet worden:

- Die Trennung von Staat und Kirche zu befördern,
- das öffentliche Erziehungswesen von jedem konfessionellen Zwang zu befreien,
- Freiheit für Forschung und Lehre zu erreichen und
- die Gewissens- und Glaubensfreiheit zu sichern.⁷⁹

Dieser *Deutsche Volksbund für Geistesfreiheit* hatte seinerseits an die Arbeit der 1933 aufgelösten *Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände* angeknüpft.

Heute gehören dem DFW, der sich selbst als „wichtiger Vertreter der Interessen konfessionell nicht gebundener Menschen“⁸⁰ sieht, folgende neun Mitgliedsverbände⁸¹ an:

1. *Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands, Vereinigung freier Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (K.d.ö.R.)*⁸²
2. *Bund für Geistesfreiheit Bayern (K.d.ö.R.)*⁸³
3. *Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e.V.*⁸⁴
4. *Fachverband für weltliche Bestattungs- und Trauerkultur e.V.*⁸⁵

⁷⁹ Vgl. Fritz Hermann, Die Entstehung des Volksbundes, in: Die Gründung des Deutschen Volksbundes für Geistesfreiheit in Wiesbaden, Urach und Stuttgart o.J., 5f.

⁸⁰ So z. B. Volker Mueller und Horst Prem in ihrem Vorwort zu: 50 Jahre für Geistesfreiheit, Humanismus und Menschenwürde. Festschrift zum 50. Jahrestag der Gründung des DFW, Berlin 2000, 4.

⁸¹ Die *Gesellschaft für freigeistige Kultur e.V.* hat sich zum 31.12. 2001 aufgelöst.

⁸² Vgl.: www.freireligioese.de.

⁸³ Vgl.: www.bfg-bayern.de.

⁸⁴ Vgl.: www.unitarier.de.

⁸⁵ In den „Grundsätzen und Zielen“ heißt es: „Der Fachverband ... setzt sich für das im Grundgesetz erklärte Recht auf Gewissens- und Glaubensfreiheit ein. Der Fachverband will dem Bedürfnis von Menschen nach nichtreligiöser, konfessionsfreier würdevoller, individuell gestalteter Bestattung nachkommen. Dazu dienen Beratung, Sterbebegleitung, Feiergusgestaltung und Hinterbliebenenbetreuung. Der Fachverband beteiligt sich an der Gestaltung von Friedhofsanlagen und dem Erhalt von Denkmalen der Bestattungskultur. Er unterbreitet Vorschläge für zeitgemäße Formen der Bestattungs- und Trauerkultur.“ Der Fachverband ist auch Mitglied im *Deutschen Freidenkerverband e.V., Sitz Dortmund*. Die Vorsitzende, Dr. Andrea Richau, ist zugleich Mitglied im *HVD-Berlin*. Anfang 2001 hatte der Fachverband etwa 50 Mitglieder.

5. *Freigeistige Aktion / Deutscher Monistenbund e.V.*⁸⁶
6. *Freigeistiges Lebenshilfswerk e.V.*
7. *Gesellschaft zur Förderung der freien Religions- und Lebenskunde in Schleswig Holstein e.V.*
8. *Humanistischer Freidenkerbund Brandenburg e.V.*⁸⁷
9. *Verband Freier Weltanschauungsgemeinschaften Hamburg e.V.*

Wie der Name sagt, ist der DFW ein Dachverband und keine eigene Weltanschauungsgemeinschaft. Über die ihm assoziierten Verbände vertritt der DFW – nach eigenen Angaben – etwa 70 000 Mitglieder, die meisten davon gehören dem *Bund Freireligiöser Gemeinden* an. Der politisch einflussreichste und profilierteste Mitgliedsverband dürfte der *Bund für Geistesfreiheit (bfg) Bayern* sein. Die meisten der angeschlossenen Verbände sind aufgrund ihrer geringen Stärke nahezu bedeutungslos.

Der DFW ist eine eher unauffällige Institution. Ein wichtiges politisches Datum für den DFW war sicher der 11. April 2000. Damals empfing der Präsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, im Reichstagsgebäude die Leitung des DFW zu einer informellen Begegnung, bei der der Präsident und der Vizepräsident des DFW Gelegenheit hatten, die wesentlichen Anliegen und Tätigkeitsbereiche des Dachverbandes vorzustellen. Im Internet berichtete der DFW, dass der Bundestagspräsident die Gäste ermutigt habe, „gerade Fragen der Sicherung der Grundrechte in Europa und der Menschenrechte, der Gewissens- und Geistesfreiheit sowie der ethischen Lebensorientierungen in unserem demokratischen Gemeinwesen zu thematisieren und sich intensiv einzubringen“.⁸⁸ Die Vertreter des DFW betonten in dem Gespräch, „dass auch konfessionell nicht gebundene Menschen gleichberechtigte kulturelle Interessen haben, und der DFW als ein freigeistig-humanistischer Interessenvertreter eines Drittels der bundesdeutschen Bevölkerung weiter wirken wird“.⁸⁹

Das Jahr 2002 hat der DFW zum „Sokrates-Jahr“ erklärt. Es soll daran erinnern, dass die Anklage gegen Sokrates, er würde gegen die Götter auftreten und die Jugend verführen, Ausdruck „religiöser Intoleranz“ gewesen sei. Der DFW ruft daher „alle freigeistigen, humanistischen und interessierten Menschen auf, sich im Jahr 2002 des Lebens und Wirkens Sokrates‘ zu erinnern und das eigene Auftreten für undogmatisches Denken und für Zivilcourage dadurch inspirieren zu lassen“.⁹⁰

⁸⁶ Vgl.: www.lenz-verlag.de.

⁸⁷ Vgl. Fußnote 57 auf S. 20.

⁸⁸ Zit. nach: www.dfw-dachverband.de.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Unter: www.dfw-dachverband.de.

Programmatik und Arbeitsschwerpunkte

Der DFW ist nach seinen eigenen Worten „ein bundesweiter Zusammenschluss freigeistiger; d. h. freier humanistischer, freidenkerischer, freireligiöser, monistischer und unitarischer Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die bei Wahrung ihrer eigenen Identitäten und Traditionen gemeinsame Ziele verfolgen“.⁹¹ Die im DFW zusammengeschlossenen Mitgliedsverbände „treten für die Verwirklichung der in Artikel 4 des Grundgesetzes garantierten Freiheit des Glaubens, Gewissens und religiöser und weltanschaulichen Bekenntnisse ein. Sie setzen sich dafür ein, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Lebensauffassung und seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt wird.“⁹²

Gemäß seinem Selbstverständnis vertritt der DFW „sowohl die Interessen der konfessionsfreien als auch der freireligiösen Menschen. Er steht für Humanismus, Toleranz und Menschenrechte, für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben der Menschen unabhängig von ihren religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen, für ein Weltverständnis, das keiner Erklärung mittels übernatürlicher Mächte bedarf, und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur.“⁹³

Schließlich unterstützt der DFW „die Gestaltung einer weltlichen Fest- und Feierkultur, z. B. die Namensfeier, Jugendfeier, Trauerfeier, Feiern im Jahreskreis und zur Würdigung von Höhepunkten im menschlichen Leben. Kooperation und Vernetzung sind vor allem in der weltlichen Trauerkultur, insbesondere bei Bestattungs- und Trauerfeiern und in der Jugendweihebewegung in Deutschland zu verstärken. Der Welthumanistentag soll bundesweit einheitlich begangen werden.“⁹⁴

Aus kirchlicher Sicht ist der *Bund für Geistesfreiheit Bayern* besonders interessant.

Der *bfg Bayern* ist eine entschieden kirchenkritische Organisation, die mental der freidenkerischen Tradition zuzurechnen ist. In seinem Grundsatzprogramm heißt es: „Der Bund für Geistesfreiheit Bayern ist eine Weltanschauungsgemeinschaft in der Tradition der europäischen Aufklärung. Er vertritt die Interessen und Rechte von Konfessionslosen. Das Selbstverständnis seiner Mitglieder beruht auf der Lebensauffassung des weltlichen Humanismus.“ Die Mitglieder des bfg „fördern den konstruktiven und friedlichen Austausch von Ideen. Sie lehnen jeden Dogmatismus ab und vertreten

⁹¹ Grundsätze und Selbstverständnis des DFW, in: 50 Jahre für Geistesfreiheit, Humanismus und Menschenwürde. Festschrift zum 50. Jahrestag der Gründung des DFW, Berlin 2000, 24.

⁹² Ebd.

⁹³ Ebd.

⁹⁴ Ebd., 26.

keine absoluten Wahrheiten.“⁹⁵ Sein wichtigstes politisches Ziel ist die „echte Trennung von Staat und Kirche“. In erster Linie „sind die Privilegien der Kirchen abzubauen, die in keinem anderen Land der Welt so stark von der öffentlichen Hand subventioniert werden wie hierzulande – auch mit Steuergeldern von Konfessionsfreien“.⁹⁶

Als Körperschaft des öffentlichen Rechts verfügt der *bfg Bayern* über eigene Sendezeiten im Bayerischen Rundfunk und verantwortet die „freigeistigen Betrachtungen“. Am 18. Januar 2000 hat der *bfg Bayern* das „*Humanistische Bildungswerk des bfg Bayern*“ (*hbb*) gegründet. In einer Presseerklärung hieß es dazu: „Wir wollen versuchen, in Bildungs- und wissenschaftlichen Fragen eine gemeinsame Stimme der Konfessionsfreien Bayerns öffentlich vernehmbar zu machen.“⁹⁷

Die Ortsgruppen in Augsburg und Fürth sprechen auf Flugblättern gezielt Menschen an, die sich innerlich von der Kirche distanzieren haben und somit für einen Kirchenaustritt interessiert werden können.

Im Internet veröffentlicht der *bfg Augsburg* auch Beiträge mit etwas kruden Theorien. So heißt es in einem Aufsatz zum Monotheismus: „Im Monotheismus ist alle Gewalt in einer Hand gebündelt, was die Frage aufwirft, welches politische System dem entspricht? Stellen wir mal die Gewissensfrage, ob die Menschheitsgeschichte der letzten 2000 Jahre weniger grausam verlaufen wäre, wenn sich der jüdische Monotheismus nicht in Form des Christentums in Europa multipliziert haben würde. Denn dem jüdisch-christlichen Dogmatismus steht die weitaus tolerantere heidnische polytheistische Religiosität gegenüber, deren plurale Tendenz im Geltenlassen vieler verschiedener Götter, auch Götter anderer Völker, zum Ausdruck kommt. Der biblische Gott jedoch verteufelt alles Nicht-Biblische, alles Nicht-Christliche und intendiert es zu ‚vernichten‘, ‚auszurotten‘, zu ‚vertilgen‘, Vokabeln der Bibel, die, bezogen auf deren viel-1000-fache Gehäuftheit, Hitlers ‚Mein Kampf‘ nicht nachsteht.“⁹⁸

Die Nürnberger Ortsgruppe des *Bundes für Geistesfreiheit* ist Ende 2000 dem *HVD Bayern* beigetreten, gehört aber dennoch weiterhin dem *bfg Bayern* an. Laut eigenen Angaben hat der *bfg* „knapp 5000 Mitglieder“ und beansprucht damit, „die größte nichtreligiöse Weltanschauungsgemeinschaft“ in Deutschland zu sein.

⁹⁵ Zit. nach: www.bfg-bayern.de/diverse_texte/wir.htm.

⁹⁶ Zit. nach einem Informationsblatt der *bfg-Augsburg* mit dem Titel „Was ist und was will der Bund für Geistesfreiheit?“

⁹⁷ Vgl. www.bfgb.de/hbb.

⁹⁸ P. Teiser, Ansichten zum Monotheismus, unter: www.bfg-augsburg.de/artikel/monotheismus.html.

Diskussionen im DFW

Eine besondere Schwierigkeit des DFW besteht darin, dass ihm recht unterschiedliche Gemeinschaften angehören. So findet sich mit den *Bund Freireligiöser Gemeinden* eine Gemeinschaft im DFW, die man als Religionsgemeinschaft beschreiben muss, während der *Bund für Geistesfreiheit (bfg)* eine kirchen- und religionskritische Organisation ist. Daraus ergeben sich Spannungen: So erheben beispielsweise einige der freireligiösen Gemeinden von ihren Mitgliedern per Lohnsteuerkarte „Kirchensteuern“ und streben die Gleichstellung mit den großen Kirchen an, während der genannte *bfg* für die Abschaffung jeglicher Kirchensteuer kämpft.⁹⁹ Wie widersprüchlich die Lage ist, sieht man auch daran, dass der *bfg* einerseits für die Abschaffung des Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ kämpft, aber selbst Körperschaft ist und damit in die Öffentlichkeitsarbeit geht.¹⁰⁰

In der Frage des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen vertritt der DFW eine andere Position als der HVD oder die Freidenker. So heißt es eher zurückhaltend: „Der DFW stellt den konfessionellen Religionsunterricht an staatlichen Schulen in Frage, unterstützt die Gestaltung eigener freiwilliger Unterrichtsangebote von Mitgliedsverbänden und fördert die Einführung eines integrativen Faches ‚Lebensgestaltung / Ethik / Religionskunde‘ (LER). Er fordert freie weltliche Schulen und die Einrichtung von Hochschullehrstühlen für Ethik und LER.“¹⁰¹ Diese Haltung erklärt sich aus der besonderen Situation, dass die Freireligiösen Religionsunterricht an den Schulen anbieten. Im Internet heißt es dazu: „Wie alle staatlich anerkannten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in Deutschland, hat auch die Freireligiöse Landesgemeinde Pfalz das Recht, ihren Religionsunterricht in öffentlichen Schulen als ordentliches Unterrichtsfach durchzuführen. Freireligiöser Religionsunterricht ist dem christlichen Religionsunterricht rechtlich gleichgestellt. Er wird durch staatlich anerkannte Lehrkräfte der Freireligiösen Gemeinden im Rahmen des allgemeinen Schulbetriebs – also auch mit eingetragener Zeugnisnote – durchgeführt.“¹⁰²

Über diese internen Spannungen und Widersprüche schrieb der Präsident des DFW, Volker Mueller, Anfang 2001 in der „Freigeistigen Rundschau“: „Bekanntlich gibt es auch im DFW eine Reihe von Konflikten. Die hat es immer gegeben. Wir haben aber eine Situation erreicht (und das ist schon neu im DFW), wo wir dies aussprechen können und nicht bei jeder unterschiedlich beantworteten Frage gleich der Grundkonsens

⁹⁹ Vgl. Grundsatzprogramm des bfg-Bayern.

¹⁰⁰ Vgl. ebd.

¹⁰¹ Grundsätze und Selbstverständnis des DFW, a.a.O., 25.

¹⁰² Zit. nach: www.freireligioese.de/.

infragegestellt wird. Toleranz innerhalb des DFW ist eine Voraussetzung, um effektiver und wirkungsvoller DFW-Positionen zu vertreten. Es hat in der Vergangenheit viele Kräfte gebunden und verschlissen, sich vorwiegend nur mit sich selbst und mit innerverbandlichen Konflikten zu beschäftigen. Offen bleiben Probleme, die mit dem Verhältnis von Freier Religion und nichtreligiösen Weltanschauungen, mit bundeslandbezogenen kultuspolitischen Interessenlagen sowie mit den Prioritäten des Verhältnisses von Staat und Kirche bzw. Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zusammenhängen.¹⁰³ Mit anderen Worten: Es geht um die Frage, ob der DFW für die Gleichbehandlung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften eintritt, oder ob er die gleiche Distanz aller vom Staat fordert.

Umstritten ist auch die Frage, ob man – wie das der HVD vorschlägt – bei der Bundeswehr, in Krankenhäusern und im Strafvollzug eine humanistische Seelsorge bzw. Beratung anbietet und dafür staatliche Gelder beansprucht.¹⁰⁴

Im Oktober 2000 hat der DFW seine Satzung überarbeitet. Jetzt wird der Anspruch erhoben, „die besonderen gesellschafts- und kulturpolitischen Interessen der dem Humanismus verbundenen kirchenfreien Menschen Deutschlands zu vertreten“.¹⁰⁵ Die Betonung des kirchenfreien statt des konfessionell nicht gebundenen Menschen bedeutet eine Öffnung des DFW und präzisiert dessen Selbstverständnis.

Obwohl der DFW innerhalb des freigeistigen Spektrums der mitgliederstärkste Dachverband ist, wird er aufgrund seiner ungünstigen Altersstruktur zur Sicherung seiner Arbeit große Anstrengungen aufbringen müssen. In der „Freigeistigen Rundschau“ hieß es Anfang 2001: „Für den DFW wird es in Zukunft darauf ankommen, die Bündnisarbeit innerhalb des DFW, aber gerade auch mit den anderen Verbänden des freigeistigen und humanistischen Spektrums auszubauen, mit dem HVD, dem DFV, dem IBKA, der Interessenvereinigung Jugendweihe e.V. und anderen. Angesichts unserer personellen und materiellen Ressourcen können der Königsweg nur die Kooperation und das Miteinander sein.“¹⁰⁶

Aufgrund der Unterschiedlichkeit seiner Mitgliedsverbände ist der DFW in einer schwierigen Lage. Worin bestehen Anfang des 21. Jahrhunderts die Gemeinsamkeiten zwischen freireligiösen Gemeinschaften und entschieden kirchenkritischen Verbänden? Wird hier nicht eine Frontstellung gegen die großen Kirchen konserviert, die ir-

¹⁰³ Volker Mueller, Positive Gesamtbilanz des DFV, oder: Man macht sich seine Gedanken, wo wir uns finden, in: Freigeistige Rundschau 2/2001. Hier zit. nach E-Mail.

¹⁰⁴ Vgl. Streit kommt in den besten Familien vor, in: diesseits 2/1999, 7.

¹⁰⁵ Freigeistige Rundschau, hier zit. nach E-Mail.

¹⁰⁶ Ebd.

gendwann um 1900 plausibel war, jedoch heute der kirchlichen Wirklichkeit in einer offenen Gesellschaft nicht mehr gerecht wird? So lebt beispielsweise der *Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands* stark in und von seiner Vergangenheit.

Möglicherweise hat sich der DFW in seiner bisherigen Gestalt eines Tages überlebt. Es sollte nicht wundern, wenn der HVD in den nächsten Jahren die kirchen- bzw. religionskritischen Mitgliedsverbände des Dachverbandes auf seine Seite zieht und im DFW die freireligiösen Gemeinden das Ruder übernehmen.

Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften (DFW)

PF 40 05 07 in 12632 Berlin

Präsident des DFW ist Dr. Volker Mueller

Ringstrasse 14 in 14612 Falkensee

Telefon (0 33 22) 2 12 13 22 Fax (0 33 22) 2 12 13 23



Der DFW gibt die in loser Folge erscheinende Zeitschrift „*Berichte und Standpunkte. Schriftenreihe für freigeistige Kultur*“ und einen „*pfw-Pressedienst freier Weltanschauungsgemeinschaften*“ heraus.

Im Internet ist der DFW unter www.dfw-dachverband.de zu finden.

Andere wichtige Seiten sind: www.freireligioese.de, www.freie-akademie-online.de, www.sonnenwendfeier2001.de, www.freiereligionaktuell.de.

Neuere Literatur (Auswahl)

Festschrift zum 50. Jahrestag der Gründung des DFW, Berlin 2000

Elke Gensler, *Freie Religion für Einsteiger*, hg. von der Freireligiösen Gemeinde Mainz, o. O. 2000

Humanistischer Freidenkerbund Brandenburg (Hg.), *Jugendweihe – Jugendfeier. Wertevermittlung und Feiergusaltung*, Potsdam 1999

Steffen Rink, *Religion der Vernunft*, in: *Connection* 7-8/1996, 60-65

Der Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten e.V.

Der *Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten e.V.* (IBKA) gehört keinem der bisher vorgestellten Dachverbände an. Mit seinen etwa 300 Mitgliedern ist er ein kleiner, jedoch auffallend reger Verein, der die Interessen der Konfessionslosen und Atheisten in Politik und Gesellschaft vertreten möchte. Gegründet wurde der IBKA 1976 in (West-)Berlin, um „den politischen Kampf gegen die organisierten und institutionalisierten Konfessionen und Kirchen auf(zu)nehmen“.¹⁰⁷

In der aktuellen Satzung heißt es: „Zweck des Vereins ist die Durchsetzung der allgemeinen Menschenrechte und die Förderung der Völkerverständigung auf der Grundlage von Religions- und Weltanschauungsfreiheit sowie einer konsequenten Trennung von Staat und Kirchen/Religion/Weltanschauung, die Schaffung oder Förderung entsprechender pädagogischer, sozialer und kultureller Einrichtungen (wie freie weltliche Kindergärten und Schulen, kirchenunabhängige Krankenhäuser, Altenheime usw.) sowie die Unterstützung humanitärer Hilfsmaßnahmen durch Konfessionslose und Atheisten, die Aufklärung über Wesen, Funktion, Strukturen und Herrschaftsansprüche von Religionen und Kirchen im besonderen.“¹⁰⁸

Internationaler Bund
der Konfessionslosen
und Atheisten e.V.

IBKA

IBKA e. V.

Keine Demokratie ohne

Trennung von

Staat und Kirche

Wir treten dafür ein!

Der IBKA vertritt eine entschieden kirchenkritische Position. In einer Selbstdarstellung werden die (organisierten) Religionen pauschal als großes Übel für die Menschheit beschrieben. So wird gesagt: „Die Geschichte der Menschheit (ist) eine Geschichte der Unmenschlichkeit. Maßgeblichen Anteil hieran hatten und haben die organisier-

¹⁰⁷ Der IBKA als Kampforganisation, in: MIZ 2/1976, hier zit. nach: www.ibka.org. Bei seiner Gründung im Jahre 1976 hieß der Verein noch Internationaler Bund der Konfessionslosen (IBDK).

¹⁰⁸ Zit. nach der Satzung mit den von der Mitgliederversammlung 1998 in Erlangen beschlossenen Änderungen. Zuletzt aktualisiert am 31.1.1999. Hier zit. nach: www.ibka.org.

Materialien und Informationen zur Zeit
MIZ POLITISCHES MAGAZIN
KONFESSIONSLOSE
ATHEISTINNEN
seit 1972

1 Z 11922 F 29. Jahrgang DM 7.- / ÖS 53.- / sfr 7.- Nr. 3/00



Titelseite der Zeitschrift MIZ

ten Religionen. Ein unvoreingenommener Blick in die Kriminalgeschichte der Religionen (vorzugsweise des Christentums) zeigt, dass sich ihre Blutspur wie ein roter Faden durch die Geschichte der Menschheit zieht.“¹⁰⁹

Am 15. Oktober 2000 hat der IBKA einen neuen „Politischen Leitfaden“ beschlossen. Hier werden die Schwerpunkte der Arbeit wie folgt beschrieben: „Die Religionen als Ideologien der Vertröstung und die Kirchen als deren organisierte Gestalt zählt der IBKA zu den gesellschaftlichen Kräften, die darauf hinwirken, menschenwürdige Lebensbedingungen zu verhindern und auf deren Verwirklichung gerichtete Phantasie zu unterdrücken. Der Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) e. V. will diesen Problembereich stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken und die öffentliche Diskussion darüber fördern.“¹¹⁰

Im Rahmen einer Hauptversammlung im Oktober 2000 hat der IBKA erstmals den von ihm gestifteten „Erwin-Fischer-Preis“ vergeben. Geehrt wurden mit Ursula und Johannes Neumann zwei wichtige Kirchenkritiker. Die Laudatio, gehalten von Edgar Beager, gewährt einen guten Einblick in die Sicht des IBKA auf die kirchliche und verfassungsrechtliche Lage in Deutschland. So erklärte der Laudator, dass er die geltenden Landesverfassungen und Schulgesetze für den „größten Anschlag auf die Religionsfreiheit (hält), den es im Nachkriegsdeutschland je gegeben hat“.¹¹¹ Mit Blick auf den Religionsunterricht heißt es weiter: „Wann endlich die deutsche Schule nicht mehr Beute des organisierten Christentums sein wird, nicht mehr ein ‚grundrechtsfreier Raum‘ ... kann derzeit wohl niemand sagen.“ Mit Blick auf die fortschreitende Entkirchlichung führte der Redner aus: „Schon heute ist jeder dritte Bürger in Deutschland nicht mehr bereit, sein Weltbild, seine Entscheidungen in wichtigen Lebenssituationen ... an Schriften zu orientieren, die vor ungefähr zweitausend Jahren von Individuen verfasst wurden, die nach heutigen Maßstäben völlig unwissend waren.“¹¹²

Wichtigstes publizistisches Standbein des IBKA ist das vierteljährlich erscheinende Magazin „MIZ – Materialien und Informationen zur Zeit. Politisches Magazin für Konfessionslose und AtheistINNen“. Die Zeitschrift erscheint bereits seit 1972 und hat derzeit – laut Auskunft der Herausgeber – eine Auflage von 1100 Exemplaren.¹¹³ Auch wenn der Ton von MIZ in den letzten Jahren moderater geworden ist, wird man die Zeitschrift als ein scharfzüngig-kirchenkritisches Blatt bezeichnen müssen.

Der IBKA gliedert sich in Orts- und Landesverbände und ist überwiegend in Süddeutschland tätig.

¹⁰⁹ Zit. nach: IBKA-Kurzinformation, gefunden unter www.ibka.org.

¹¹⁰ Politischer Leitfaden. Hier zit. nach www.ibka.org.

¹¹¹ Zit. nach: U. und J. Neumann ausgezeichnet, in: HU-Mitteilungen 172, Dezember 2000, 97f.

¹¹² Ebd.

¹¹³ Vgl. das Schreiben des IBKA vom 17.7.2001 an die EZW. Darunter sind knapp 900 reguläre Abonnements (vgl. MIZ 3/2001, 43).

Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA)

Postfach 1745 in 58017 Hagen
Telefon (0 23 31) 37 55 59, Fax (0 23 31) 40 10 37



Der IBKA publiziert das vierteljährlich erscheinende Magazin „MIZ – Materialien und Informationen zur Zeit. Politisches Magazin für Konfessionslose und AtheistINNen“ (vgl. www.miz-online.de).

Die Zeitschrift erscheint im Aschaffener Alibri-Verlag in einer Auflage von etwa 1100 Exemplaren. Ferner gibt der IBKA als Mitgliederzeitschrift den alle zwei Monate erscheinenden „Rundbrief“ heraus.

Im Internet ist der Verband unter www.ibka.org zu finden.

Neuere Literatur (Auswahl)

Erwin Fischer, Staat und Kirche im vereinigten Deutschland, Alibri Verlag, Aschaffenburg 1990

Politischer Leitfaden des IBKA, o. O. 2001

IBKA (Hg.), Über die Gefährdung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland, Festschrift zur Verleihung des Erwin-Fischer-Preises 2000 an Ursula und Johannes Neumann, Alibri Verlag, Aschaffenburg 2000

Ders. (Hg.), „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, Festschrift zur Verleihung des Erwin-Fischer-Preises 2001 an Karlheinz Deschner, Alibri Verlag, Aschaffenburg 2001

Jugendweihe Deutschland e.V.

Einen Sonderfall unter den hier vorzustellenden Organisationen stellt der Verein *Jugendweihe Deutschland e.V.* dar, denn es handelt sich hierbei nicht um eine (freigeistige) Weltanschauungsgemeinschaft, sondern um einen Anbieter von Jugendarbeit bzw. Jugendweihen. Bis Dezember 2001 arbeitete der Verein unter dem Namen *Interessenvereinigung für humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe*. Die *Jugendweihe Deutschland* muss in dem vorliegenden Text erwähnt werden, weil es zahlreiche Schnittmengen zu den dargestellten freigeistigen Organisation gibt. So ist man sich in weltanschaulichen Positionen nahe und bemüht sich in jüngster Zeit um eine intensivere Zusammenarbeit.¹¹⁴ Vereinzelt sind sogar – wie in Sachsen – viele Mitarbeiter des Jugendweihe-Vereins zugleich Mitglieder im HVD.

Die *Interessenvereinigung für humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe* wurde 1990 als Nachfolgerin des ehemaligen DDR-Jugendweiheausschusses gegründet. Der Bundesverband gliedert sich derzeit in folgende Landesverbände:

- *Interessenverein humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe Mecklenburg-Vorpommern e.V.*
- *Interessenvereinigung für humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe Landesverband Berlin/Brandenburg e.V.*
- *Sächsischer Verband für Jugendarbeit und Jugendweihe e.V.*
- *Landesverband Sachsen-Anhalt der Interessenvereinigung Jugendweihe e.V.*
- *Interessenvereinigung für humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe e.V. Mansfelder Land und Umgebung*
- *Interessenvereinigung Jugendweihe Landesverband Thüringen e.V.*
- *Jugendweihe Hamburg e.V.*

Wie man sieht, spiegeln die Landesverbände, bis auf eine Ausnahme, die ostdeutschen Bundesländer wider. Mit der Aufnahme des Vereins *Jugendweihe Hamburg e.V.* ist bereits eine Verbindung zu den alten Bundesländern hergestellt. Auf eine weitere Expansion wird hingearbeitet; der neue Name *Jugendweihe Deutschland e.V.* kann als Hinweis darauf gedeutet werden, dass man gesamtdeutsche Ambitionen hat.

In den östlichen Bundesländern liegt die Stärke des Vereins in dem dichten Netz von Kontaktstellen bzw. Kontaktadressen und der über zwei Generationen gefestigten Tra-

¹¹⁴ Vgl. zu den Koordinierungstreffen in diesem Heft, 20.

dition der Jugendweihe.¹¹⁵ In den zehn Jahren von 1991 bis 2001 hat der Verein – nach eigenen Auskünften – etwa 940 000 Jugendliche zur Jugendweihe geführt. Etwa 50 Prozent der ostdeutschen 14-Jährigen haben diese Jugendweihe besucht. Allein für das Jahr 2001 hatte der Verein knapp 95 000 Teilnehmer an der Jugendweihe gemeldet. Die sog. „offene Jugendarbeit“ verzeichnete in den Jahren 1993 bis 2001 knapp 2 Millionen Teilnehmer.

Der Verein hat etwa 230 ehrenamtliche Mitglieder¹¹⁶ und ist in einigen ostdeutschen Bundesländern (z. B. Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt) als „Träger der freien Jugendhilfe“ anerkannt.

Damit ist die *Jugendweihe Deutschland e.V.* bzw. sein Vorgänger, die *Interessenvereinigung* der wichtigste Anbieter von Jugendweihen in Deutschland. Etwa 90 Prozent der jährlich 100 000 Jugendweihen werden von diesem Anbieter organisiert. Die verbleibenden 10 Prozent entfallen auf die sog. „Jugendfeiern“ des *Humanistischen Verbandes Deutschland*. Schließlich gibt es noch zahlreiche kleinere Anbieter, deren Einfluss jedoch gering ist.

Der Verein *Jugendweihe Deutschland e.V.* ist keine Weltanschauungsgemeinschaft. Insofern verwundert es nicht, dass sich kaum programmatische Texte finden lassen. Auch die Präsentation im Internet ist von erstaunlicher Dürrigkeit. Letzteres verwundert um so mehr, als man sich an Jugendliche und damit an die „Internet-Generation“ wenden möchte. Offensichtlich läuft die Werbung nicht über eine öffentliche Präsentation, sondern über private, familiäre und schulische Kontakte. Daran wird erneut deutlich, dass die ostdeutsche Traditionslinie der Jugendweihe die eines zutiefst privat gewordenen Familienfestes ist. Die westdeutsche Traditionslinie der Jugendweihe hingegen ist in ihren beiden Ausprägungen öffentlich bzw. politisch: Die Jugendweihe der Freidenker versteht sich als politisches Bekenntnis, die Jugendweihe der Freireligiösen versteht sich als freireligiöses Bekenntnis.

In den neuen Bundesländern bedeutet die Jugendweihe auch nicht die Aufnahme der Jugendlichen in eine Organisation oder einen Verein – sie ist vielmehr sich selbst ihr eigener Inhalt. Die Jugendweihe ist zu einer emotional positiv besetzten Familientradition geworden. Sie bedient den Bedarf nach einem Ritual, das den Übergang vom Jugendlichen zum jungen Erwachsenen sichtbar macht.

¹¹⁵ Die problematische Geschichte der Jugendweihe in der DDR wurde öfters dargestellt und muss hier nicht wiederholt werden. Vgl. Albrecht Döhnert, *Jugendweihe zwischen Familie, Politik und Religion*, APTh 19, Leipzig 2000, oder Andreas Fincke, *Konfirmation, Jugendweihe, christliche Jugendfeier*, in: R. Hempelmann, U. Dehn (Hg.), *Dialog und Unterscheidung* (FS Reinhart Hummel), EZW-Texte 151 (Sonderausgabe), Berlin 2000, 167-182.

¹¹⁶ Vgl. Werner Riedel, in: www.jugendweihe.de/Bund/aktuell/pp326s3.html.

Unklar ist die weltanschauliche Positionierung der *Jugendweihe Deutschland*. In den Selbstaussagen legt man größten Wert auf die Feststellung, dass der Verein parteipolitisch und weltanschaulich ungebunden ist. Auffällig ist jedoch, dass die wenigen hauseigenen Publikationen vergleichsweise kirchen- und religionskritisch sind. Das wurde selten so deutlich wie an der im Sommer 2001 erschienenen Broschüre „Freier Blick. Blätter für die Jugend zu Fragen unserer Zeit“. Herausgegeben wird dieses Heft alljährlich vom *Sächsischen Verband für Jugendarbeit und Jugendweihe e.V.* in Zusammenarbeit mit der *Jugendweihe Hamburg e.V.*, der *Stiftung Geistesfreiheit* und dem Verein *Barnimer Jugendweihe*.

Das Heft durchzieht eine scharfe antireligiöse Attitüde. Die Geschichte der Kirchen und ihrer (wie häufiger betont wird) „ungerechtfertigten Privilegien“ in der Bundesrepublik wird auf die „Kriminalgeschichte des Christentums“ und „ungerechtfertigte Herrschaftsverhältnisse“ reduziert.¹¹⁷ Bei der Lektüre des Heftes drängt sich der Eindruck auf, dass es sich bei den beteiligten Jugendweihe-Verbänden um dezidiert antikirchliche Arbeitsgemeinschaften in freidenkerischer Tradition handeln muss. Verstärkt wird dieser Eindruck noch dadurch, dass die Freidenkerbewegung als „eine Kraft gegen das Unrecht der Obrigkeit“ überaus positiv dargestellt wird.¹¹⁸

Scharfe Attacken gelten nicht nur den christlichen Kirchen, sondern pauschal allen Religionen, so wenn zum Beispiel gesagt wird, dass „Angst und Schrecken“ von den Weltreligionen ausgehen.¹¹⁹ Erwähnt wird in diesem Kontext u. a. die Todesdrohung gegen Salman Rushdie und die Zerstörung der Buddha-Statuen in Afghanistan, und wörtlich heißt es dort: „Auch müssen die Juden in diesem Zusammenhang erwähnt werden, die religiös begründen, warum kein Friede im Nahen Osten sein kann.“¹²⁰ Die Gleichsetzung der Regierung des Staates Israel mit „den Juden“ sowie die einseitige Schuldzuweisung an eine Religion und nicht an die politischen Konfliktparteien auf beiden Seiten kommt einer antisemitischen Stereotype sehr nahe. Abenteuerlich ist auch die Feststellung, dass das Judentum „in einem besonderen Spannungsverhältnis zur ‚deutschen Religion‘, dem Christentum, aber auch zu den Deutschen insgesamt (steht)“.¹²¹ Das Christentum ist nun wahrlich keine „deutsche Religion“ und die Juden, die in Deutschland leben, sind Deutsche und keine „von den Deutschen insgesamt“ unterscheidbare Größe.

¹¹⁷ Freier Blick. Blätter für die Jugend zu Fragen unserer Zeit. Ausgabe 2001, hg. von der *Stiftung Geistesfreiheit* in Zusammenarbeit mit der *Jugendweihe Hamburg e.V.*, dem *Sächsischen Verband für Jugendarbeit und Jugendweihe e.V.* und dem Verein *Barnimer Jugendweihe*, 3, 44-45.

¹¹⁸ Ebd., 22-26.

¹¹⁹ Ebd., 48f.

¹²⁰ Ebd., 49.

¹²¹ Ebd., 50.

Zahlreiche religionskritische Passagen in der vorliegenden Broschüre zeugen entweder von bestürzender Unkenntnis oder von gewollter Pauschalisierung. Beides verstärkt den Eindruck, dass die von der *Jugendweihe Deutschland e.V.* und ihren Mitgliedsverbänden häufig artikuliertete Rede von der Toleranz und der weltanschaulichen Offenheit kritisch zu hinterfragen ist. Gewiss kann man einen Verein, der eine solche Vielzahl von Veranstaltungen anbietet, nicht auf eine einzelne Publikation reduzieren. Vermutlich ist die Lebenswirklichkeit der Jugendweiheverbände an der Basis oft ideologiefreier und damit weniger religionskritisch. Aber dennoch gibt es gute Gründe, die *Jugendweihe Deutschland* im Kontext der kirchen- und religionskritischen Organisationen zu sehen.

Jugendweihe Deutschland e.V.

Bundesverband
Karl-Liebknecht-Str. 31
in 10178 Berlin
Telefon (0 30) 5 50 93 14
Fax (0 30) 5 50 93 14



Internet: www.jugendweihe.de, www.freier-blick.de

Neuere Literatur (Auswahl)

Albrecht Döhnert, *Jugendweihe zwischen Familie, Politik und Religion*, in: *APrTh 19*, Leipzig 2000

Andreas Fincke, *Konfirmation, Jugendweihe, christliche Jugendfeier*, in: R. Hempelmann, U. Dehn (Hg.), *Dialog und Unterscheidung* (FS Reinhart Hummel), *EZW-Texte 151* (Sonderausgabe), Berlin 2000, 167-182

Hartmut M. Griese (Hg.), *Übergangsrituale im Jugendalter. Jugendweihe, Konfirmation, Firmung und Alternativen – Positionen und Perspektiven am „runden Tisch“*, Münster 2000

Andreas Meier, *Jugendweihe – JugendFEIER*, München 1998

Die Humanistische Union

Die 1961 von dem Münchner Publizisten Gerhard Szczesny gegründete *Humanistische Union* (HU) gehört streng genommen nicht in den hier vorgestellten Kontext. Denn es handelt sich hierbei nicht um eine freidenkerische bzw. freigeistige Organisation, sondern um eine linksliberale politische Bewegung. Die HU muss jedoch erwähnt werden, weil die Ähnlichkeit der Namen „Humanistische Union“ und „Humanistischer Verband“ immer wieder zu Verwechslungen beider Organisationen führt und es darüber hinaus einige wichtige Berührungspunkte in der politischen Arbeit und in der Mitgliedschaft gibt.

Den entscheidenden Impuls für die Gründung der HU erhielt Szczesny im Frühsommer 1961, als die katholische Kirche in München das Verbot einer Aufführung von Mozarts Oper „Die Hochzeit des Figaro“ wegen eines als „unsittlich“ empfundenen Bühnenbildes erwirken konnte. Im Gründungsaufwurf der HU ist die Rede von einem „immer unverhüllter und anmaßender zutage tretenden Versuch, eine Gesellschaft, die nur zum einem Teil aus gläubigen Christen besteht, dem totalen Machtanspruch einer christlichen Sprach-, Denk- und Verhaltensregelung zu unterwerfen. Die im Grundgesetz ... verankerten Rechte der freien Persönlichkeitsentfaltung, der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, der freien Meinungsäußerung, Information und Forschung sind längst durch eine christlich-konfessionalistische Regierungspraxis ausgehöhlt, wenn nicht außer Kraft gesetzt ...“¹²²

Die HU sieht ihre Aufgabe in der „Befreiung des Menschen aus den Fesseln obrigkeitstaatlicher und klerikaler Bindungen“, in der „Verkündigung der Menschenrechte“ sowie der „Entfaltung einer freien Wissenschaft, Presse, Literatur und Kunst“.¹²³

In der Geschichte der alten Bundesrepublik trat die HU, die sich gern als „älteste deutsche Bürgerrechtsbewegung“¹²⁴ apostrophiert, immer dann an die Öffentlichkeit, wenn sie die Bürgerrechte gefährdet sah. Das galt, neben dem noch genauer zu thematisierenden Engagement für die Trennung von Staat und Kirche, beispielsweise für den Kampf gegen die Berufsverbote, den politischen Streit um Rüstung und sog. Nachrüstung, die Kritik an der Volkszählung von 1987, für die immer wieder geäußerte Sorge, ob Polizei und Geheimdienst nicht zu viele Befugnisse eingeräumt

¹²² Zit. nach: Till Müller-Heidelberg, Die Humanistische Union als älteste deutsche Bürgerrechtsbewegung, in: Vorgänge 155. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 3, September 2001, 13.

¹²³ Zit. nach: www.humanistische-union.de.

¹²⁴ Diese Formel wird in den Selbstdarstellungen der HU häufig verwendet.

werden, für die Diskussion um eine neue Verfassung des wiedervereinigten Deutschland usw.

Die Stärke der HU bestand und besteht darin, dass es ihr gelingt, integrale Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens in die eigene Arbeit einzubinden. So waren zeitweise im Vorstand bzw. Beirat der HU beispielsweise: Bärbel Bohley, Herta Däubler-Gmelin¹²⁵, Ossip K. Flechtheim, Renate Künast, Ludwig Marcuse, Alexander Mitscherlich, Heribert Prantl, Otto Schily, Wolfgang Ullmann und andere.

Es ist unstrittig, dass sich die HU große Verdienste um den liberalen Verfassungsstaat erworben hat. Das wurde erst jüngst hervorgehoben, als die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, im September 2001 bei einem Festakt zum 40-jährigen Bestehen der HU die Festrede hielt. Sie führte darin u. a. aus: „Die Humanistische Union wird auf ihrem Posten bleiben müssen, auf dass der Terror unsere liberale Gesellschaft nicht untergräbt. Dann wird es – wie in den zurückliegenden 40 Jahren – Sache der Humanistischen Union sein, lauthals das Hohe Lied der staatsbürgerlichen Freiheiten zu singen.“¹²⁶

In einem Sonderheft der Zeitschrift „Vorgänge“, das im September 2001 erschienen ist, schreibt der Vorsitzende der HU, Till Müller-Heidelberg: „Die Humanistische Union (wendet sich) gegen jeden institutionellen Eingriff in die Rechte der selbstbestimmten Persönlichkeit. Hier liegt der Kern des Eintretens der Humanistischen Union für Trennung von Staat und Kirche, ebenso wie jener für den Kampf gegen Übergriffe der Sicherheitsbehörden, hier liegt der Ansatz für die Verteidigung des Rechtsstaats und der freiheitlichen Garantien, wie auch der Bürger- und Menschenrechte, weil diese alle der selbstbestimmten Entfaltung der eigenen Persönlichkeit dienen.“¹²⁷

Das Zitat signalisiert, dass sich die HU für die strikte Trennung von Staat und Kirche einsetzt. Diesem Thema sind einige ihrer Veröffentlichungen gewidmet, so auch die zuletzt 1995/96 vorgelegte Thesensammlung „Trennung von Staat und Kirche“. Die darin vorgetragenen Forderungen bzw. Positionsbeschreibungen lauten:

¹²⁵ Herta Däubler-Gmelin hat Ende 1991 den HU-Beirat verlassen, als die HU per Beschluss eine Joachim Gauck zuge dachte Auszeichnung diesem schließlich doch nicht verleihen wollte. Sie bezeichnete das Vorgehen der HU als „schäbig“ (vgl. taz vom 21.12.1991).

¹²⁶ Jutta Limbach, Die Menschenwürde. 40 Jahre Humanistische Union, bisher unveröffentlichtes Manuskript. Übrigens hat der Auftritt der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts für den kundigen Außenstehenden heikle Konnotationen: Im Dezember 2000 war in der HU-Mitgliederzeitschrift noch zu lesen, dass das Bundesverfassungsgericht sich „um Verfassungsbeschwerden drückt“. Und: „Es ist geradezu unglaublich, zu welcher Rabulistik die sogenannten ‚Hüter unserer Verfassung‘ Zuflucht suchen, um mit grotesken, formalen Scheinbegründungen über die Anliegen der Rechtsuchenden nicht befinden zu müssen“ (HU-Mitteilungen 172, Dezember 2000, 97). Vermutlich hatten Frau Limbach und ihre Mitarbeiter von diesen Äußerungen keine Kenntnis.

¹²⁷ Vgl. Till Müller-Heidelberg, Die Humanistische Union als älteste deutsche Bürgerrechtsbewegung, a.a.O., 21.

- Abschaffung der Konkordate und Kirchenverträge, denn „sie sind nicht nur überflüssig sondern schädlich“.
- Der Kirchensteuereinzug durch die Finanzämter verletzt das Gebot der Trennung von Staat und Kirche.
- Die Staatsleistungen sind abzulösen (vgl. Art. 140 GG in Verb. mit 138 WRV).
- Kulturelle und soziale Aktivitäten aller Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften sind nach den gleichen Kriterien zu fördern.
- Die theologischen Fakultäten an den Universitäten sind abzuschaffen, weil sie „der Freiheit der Wissenschaft (entgegenstehen)“.
- Der Religionsunterricht ist abzuschaffen.
- In kirchlichen Einrichtungen hat das allgemeine Arbeits- und Sozialrecht zu gelten.
- Militärseelsorge ist „von der Verfassung her unzulässig“.
- Die Kirchen dürfen in den öffentlich-rechtlichen Medien nicht bevorzugt werden.
- Auf sakrale Symbole ist in allen öffentlichen Institutionen zu verzichten.¹²⁸

Eine gewisse Nähe dieser Forderungen der HU zu freidenkerischen Positionen ist unübersehbar.

Häufig wird in den Publikationen der HU darauf hingewiesen, dass das sog. „Kruzifix-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts von 1995 sich auch auf eine Stellungnahme der HU bezieht. 1996/97 unterstützte die HU durch Gutachten und öffentliche Veranstaltungen das damals in Brandenburger Schulen neu eingeführte Unterrichtsfach „Lebensgestaltung / Ethik / Religion“ (LER), und im Sommer 2001 legte sie ein Positionspapier vor, in welchem sie die Einführung des vom HVD getragenen Unterrichtsfaches „Lebenskunde“ im Bundesland Brandenburg unterstützt.

Im Vorwort zur Thesensammlung „Trennung von Staat und Kirche“ wird ausdrücklich hervorgehoben, dass die Bemühungen der HU für eine „Entflechtung“ von Staat und Kirche immer wieder als „antiklerikaler Reflex diffamiert“ würden.¹²⁹ Gewiss verkennt man die liberale Position der HU, wenn man sie vorschnell als antikirchlich deutet. Es gibt jedoch deutliche Schnittmengen zu Argumentationsstereotypen freigeistiger Verbände, wo der liberale Diskurs verlassen wird und polemischer Antikirchlichkeit weicht. In der bereits erwähnten Sonderausgabe der Zeitschrift „Vorgänge“ findet sich in der Rubrik „Themen der HU“ ein ausgesprochen geharnischter Aufsatz über die beiden großen Kirchen und darüber, wie diese „auch gegenwärtig ... massiv die Bürgerinnen und Bürger bevormunden und mit Hilfe des Staats, willfähriger Politiker und

¹²⁸ Humanistische Union (Hg.), Thesen zur Trennung von Staat und Kirche, München 1995, 11f.

¹²⁹ Ebd., 7.

devoter Beamter ihre Rechte beschneiden".¹³⁰ Die Autoren betonen ausdrücklich, dass die Kritik an der zu engen Verbindung von Staat und Kirche „eines der wichtigsten Themen“ der HU ist. Dieses Votum ist keineswegs untypisch. Wer im Internet die Homepage des Marburger Ortsverbandes der HU besucht, erfährt: „In den letzten Jahren hat sich der HU-Ortsverband Marburg vor allem für die Trennung von Kirche und Staat, für den Datenschutz und für soziale Menschenrechte eingesetzt.“¹³¹ Hier stößt der aufmerksame Leser auch auf einen recht bizarren Vorgang: 1998 schrieben die Marburger in einer Presseerklärung: „Der HU-Ortsverband Marburg betrachtet das Glockenläuten vor Gottesdiensten als Belästigung der Bürger, die nicht mit dem grundgesetzlich garantierten Recht auf Religionsfreiheit vereinbar ist.“ Und: Der Gleichbehandlungsgrundsatz gebiete, „daß religionslose Bürger und Atheisten vor ständigen Belästigungen durch die Religionsgemeinschaften geschützt werden“.¹³² Hinzugefügt sei, dass diese Polemik im Zusammenhang mit der Diskussion um eine Moschee entstand. Wen wundert es angesichts solcher Äußerungen, wenn in der kirchlichen Öffentlichkeit die HU als kirchenkritische Organisation wahrgenommen wird?

Die HU hat etwa 1600 Mitglieder.¹³³ In den letzten Jahren ist ihre Mitgliederzahl kontinuierlich zurückgegangen. In den neuen Bundesländern ist sie faktisch unbekannt. Mit Blick auf Ostdeutschland lesen sich zudem manche kirchenpolitischen Positionen der HU wie Depeschen aus der Vergangenheit. Was soll beispielsweise folgender Satz aus den HU-Thesen zum Staat-Kirche-Verhältnis von 1995 (!): „Örtliche religiös-weltanschaulich geprägte Monopole sind unzulässig und nach und nach abzubauen.“¹³⁴ In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg gibt es nur ein weltanschauliches Monopol: das der Konfessionslosen. Wie möchte die HU dieses wohl abbauen?

Das Dilemma der HU wird deutlich, wenn man sich das besagte Sonderheft der Zeitschrift „Vorgänge“ zum 40. Gründungsjubiläum genauer ansieht: Viele Texte gehen in die Geschichte der HU zurück, beschreiben deren große Zeit vor 20 Jahren. Fragen, die im Kontext der Wiedervereinigung entstanden sind, kommen so gut wie gar nicht vor. Verblüffend ist lediglich der kurze Text einer jungen Politologin unter dem kessen Titel „40 Jahre sind genug“. Ihrer Meinung nach ist die HU „strukturell und sprachlich“ vor 1989 stehen geblieben und erscheint wie „ein westdeutsches Auslaufmodell“. Gewiss spricht es für die HU, dass sie solche Texte in eine Festschrift aufnimmt. Aber nachdenk-

¹³⁰ Johannes W. und Ursula Neumann, Die Kirchen: Staaten im Staate?, in: Vorgänge 155, Heft 3, September 2001, 158.

¹³¹ In: www.hu-marburg.de/hu-infos.shtml.

¹³² In: www.hu-marburg.de/hu-pm398.htm.

¹³³ Lt. Auskunft der HU vom 26. Oktober 2001 sind in dieser Zahl bereits „einige Unterstützer ohne Mitgliederstatus“ mitgezählt.

¹³⁴ Humanistische Union (Hg.), Thesen zur Trennung von Staat und Kirche, a. a. O., 11.

lich machen sollte es die Verantwortlichen schon, wenn die Autorin resümiert: „Die derzeitige HU hat keine Zukunft – wenn sie sich nicht selbst begräbt, wird sie von der Zeit begraben.“¹³⁵ Gerade mit Blick auf das wiedervereinigte Deutschland erstaunt ihre verengte Realitätswahrnehmung: Im Horizont der HU reduzieren sich die zahlreichen Probleme Ostdeutschlands, die da lauten: hohe Arbeitslosigkeit, neuer Rechtsextremismus, Demokratieverdrossenheit, tiefe Ressentiments gegen „die“ Westdeutschen usw. auf die Frage nach LER. Damit ist die HU zwar bei einem ihrer Lieblingsthemen, aber damit wird sie in Ostdeutschland außerhalb akademischer Zirkel kaum jemanden erreichen.

Die Humanistische Union

Greifswalder Strasse 4 in 10405 Berlin
Telefon (0 30) 20 45 02-56, Fax (0 30) 20 45 02-57



Die HU gibt seit 1961 die Zeitschrift „*Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik*“ heraus – die Untertitel wurden wiederholt verändert.

Daneben gibt es die vierteljährlich erscheinende Mitgliederzeitschrift „*Mitteilungen der humanistischen Union. Zeitschrift für Bürgerrechte und Aufklärung*“.

Im Internet ist die HU unter www.humanistische-union.de zu finden. Vgl. auch: www.hu-marburg.de.

Neuere Literatur (Auswahl)

Humanistische Union (Hg.), Verfassungsbruch im Land Brandenburg. Diskriminierung von Weltanschauungsgemeinschaften an öffentlichen Schulen, Dokumentation, vervielfältigtes Manuskript, Berlin 2001

T. Müller-Heidelberg, U. Finckh, E. Steven, B. Rogalla (Hg.), Grundrechte-Report 2001. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, Reinbek 2001

¹³⁵ Nina Helm, 40 Jahre sind genug, in: *Vorgänge* 155, Heft 3, September 2001, 237.

Zusammenfassung und Ausblick

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich seit der Wiedervereinigung ein tiefgreifender Wandel im Bereich der freigeistigen bzw. kirchenkritischen Organisationen vollzogen. Zu den Verlierern dieser Veränderungen gehören zweifellos die traditionellen Freidenker im *Deutscher Freidenker-Verband*, deren geistige Ausstrahlung und politische Bedeutung derzeit minimal sind.

Der *Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften* tritt in jüngster Zeit etwas mehr in Erscheinung, spielt aber nach wie vor eine eher stille Rolle im Konzert der freigeistigen Bewegungen. Positiv dürfte sich auswirken, dass im Präsidium ein Generationswechsel gelungen ist und der DFW sich zunehmend auch zu politischen Fragen äußert. Andererseits ist in einigen seiner Mitgliedsverbände eine deutliche Überalterung festzustellen. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Klar profilieren konnte sich jedoch der *Humanistische Verband Deutschland*. Zwar ist seine Mitgliederbasis noch relativ bescheiden, das Erscheinungsbild des Vereins und seine politische Arbeit sind jedoch von beachtlicher Ausstrahlungskraft. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sollten registrieren, dass sich dieser Verein zu einem ernst zu nehmenden Gegenüber für die Kirchen entwickelt. Die Stärke des HVD besteht darin, dass er seine Kraft nicht in simpler Antikirchlichkeit verschleudert, sondern an den alltäglichen Atheismus im wiedervereinigten Deutschland anknüpft und soziale Aktivitäten anbietet, die traditionell zu den Handlungsfeldern der Kirchen gehören. 1999 sagte der Bundesvorsitzende des HVD, Rolf Stöckel (MdB – SPD), in einem Interview: „Ich war stets dafür, unsere Kraft nicht im antiklerikalen Kampf zu verschleudert, sondern für eine pluralistische, multikulturelle Gesellschaft einzutreten, in der ein weltanschaulich und religiös neutraler Staat uns gleichbehandelt und da fördert, wo wir soziale und kulturelle Arbeit für Menschen leisten. Dabei muss die Aufklärung über Religion, kirchliche Privilegien und Fundamentalismen ja nicht auf der Strecke bleiben. Damit sollten wir aber gelassener und souveräner umgehen.“¹³⁶ Sollten die Verantwortlichen im HVD den eingeschlagenen Weg weiter gehen, dann könnte sich der HVD zu einem bedeutenden Faktor in der weltanschaulichen Landschaft Deutschlands entwickeln.

Wie diese Zukunft aussehen könnte, zeigt ein Blick nach Holland: In den Niederlanden sind sog. humanistische Berater gleichberechtigt neben kirchlichen Seelsorgern in

¹³⁶ Werden die Humanisten jetzt sozialdemokratische Vorfeldorganisation? Interview mit dem designierten Vorsitzenden des HVD, in: diesseits 4/1999, 26.

Krankenhäusern, Pflegeheimen, Gefängnissen und bei der Armee tätig. Vieles spricht dafür, dass es den Verantwortlichen im HVD gelingt, die für die Freidenker in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts typische Lethargie zu überwinden. Christian John, Chefredakteur von „diesseits“, hat 1998 in seiner Zeitschrift gefragt, warum die Konfessionslosen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine derart marginale Rolle spielen: „Im Westen hängt der relative Mißerfolg sicher damit zusammen, daß die Kirchen als Gegenpol längst nicht mehr so ein dankbares Feindbild abgaben, aber auch die Verweltlichung der Gesellschaft voranschritt. In den fünfziger und sechziger Jahren zeigte sich zudem, wie sehr die Freidenker Kind eines bestimmten Milieus innerhalb der Arbeiterschaft waren. Während die Sozialdemokraten 1959 mit ihrem ‚Godesberger Programm‘ der Auflösung des Arbeitermilieus und damit neuen gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen versuchten, gab es vergleichbare strategische Diskussionen in humanistischen Kreisen nicht. Man dümpelte vor sich hin, tat vorsichtshalber nichts und beklagte die stetig nachlassende Resonanz.“¹³⁷ Man sollte jedoch ergänzen, dass sich die Stärke des HVD auch aus einem bisher noch nicht hinreichend gewürdigten Umstand speist: Seit dem Ende der DDR sind nicht wenige gut ausgebildete Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen auf der Suche nach einer neuen geistigen Heimat. Da die Akademiker in der DDR überwiegend kirchenfern sozialisiert sind, bietet sich ihre Mitarbeit in den freigeistigen Bewegungen bzw. im HVD häufig geradezu an. Auch in dieser Hinsicht ist es kein Zufall, dass der Berliner Landesverband des HVD die attraktivste Arbeit leistet.

Ausgesprochen optimistisch blickt Christian John vom HVD in die Zukunft, indem er schon 1998 schrieb: „Der Humanistische Verband wird in den nächsten Jahren immer mehr zum Sammelbecken aller weltlich-humanistischen Kräfte in Deutschland werden. Die Mitglieder anderer freigeistiger Verbände blicken mit Interesse auf die Entwicklung, die der Verband seit seiner Gründung vor fünf Jahren nimmt. Er ist zwar ... immer noch sehr klein, weist im Gegensatz zu allen anderen freigeistigen Verbänden aber eine positive Dynamik auf. Immerhin ist es in fünf Jahren gelungen, ein kleines Netz von Projekten und humanistischen Serviceleistungen aufzubauen. Über 600 hauptamtliche Mitarbeiter sind inzwischen bundesweit für den Humanistischen Verband in sozialen Projekten, in Beratungsstellen, in Kindertagesstätten oder in Berlin als Lebenskundelehrer tätig.“¹³⁸

¹³⁷ Christian John, Auf neuen Pfaden, a. a. O., 3.

¹³⁸ Ebd., 4.

Die Kirchen sollten die Entwicklung des HVD ernst nehmen. Sie ist ein wichtiges Indiz für die Veränderungen in der religiösen Landschaft in Deutschland, für die fortschreitende Säkularisierung und für das Anwachsen des Atheismus. Wenn die Kirchen sich in die Welt gesandt wissen, dann werden sie nicht daran vorbeikommen, danach zu fragen, was jenes Drittel der Deutschen denkt, die sich keiner Religion verbunden fühlen. Der HVD und die freigeistigen Organisationen sind gewiss nicht *die* Vertreter der Konfessionslosen, aber sie stehen ihnen in vielem nahe.

DOKUMENTATION

I. Freigeistige Organisationen in Deutschland

Anfang 2000 hat die Humanistische Akademie angeregt, ein Handbuch der freigeistigen Organisationen und Personen in Deutschland zu erarbeiten. Dieses Handbuch soll einen Überblick über die verschiedenen Organisationen ermöglichen und ist als erster Band eines zweibändigen Lexikons konzipiert. Band zwei wird Begriffe, Geschichte und Personen des freigeistigen Spektrums beschreiben. Das Werk wird im Angelika Lenz Verlag erscheinen.

Im Rahmen der Vorarbeiten hat die Zeitschrift „humanismus aktuell“ in Heft 6 /2000 (102ff) eine vorläufige Liste der infrage kommenden Organisationen und Verbände veröffentlicht. Damit liegt erstmals ein Verzeichnis der freigeistigen Organisationen im wiedervereinigten Deutschland vor. Wir dokumentieren im Folgenden diese Liste und danken für die Abdruckerlaubnis. In kursiver Schrift sind Organisationen benannt, die sich im Verzeichnis von „humanismus aktuell“ noch nicht finden und erst nachträglich aufgenommen wurden.

Bundesorganisationen in Deutschland

Humanistischer Verband Deutschlands (HVD)
Dachverband Freier Weltanschauungsorganisationen (DFW)
Deutscher Freidenker-Verband, Sitz Dortmund (DFV)
Deutscher Freidenker-Verband, Sitz Berlin (DFV)

Freigeistig-humanistisches Spektrum

Humanistischer Verband Deutschlands (HVD), Landesverband Bayern
Humanistischer Verband Deutschlands (HVD), Landesverband Berlin
Humanistischer Verband Deutschlands (HVD), Landesverband Hamburg
Humanistischer Verband Deutschlands (HVD),
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Humanistischer Verband Deutschlands (HVD), Regionalverband Bergisches Land
Humanistischer Verband Deutschlands (HVD), Landesverband Sachsen
Humanistischer Verband Deutschlands (HVD), Landesverband Sachsen-Anhalt
(in Liquidation)
Humanistischer Verband Deutschlands (HVD), Landesverband Baden-Württemberg
Humanistischer Verband Berlin-Brandenburg (HVBB)
Humanistischer Regionalverband Ostbrandenburg
Humanistischer Verband Deutschlands (HVD),
Regionalverband Brandenburg Nord

Humanistischer Regionalverband Brandenburg/Belzig
Humanistischer Regionalverband Potsdam/Potsdam-Mittelmark
Humanistischer Regionalverband Teltow-Fläming
Humanistischer Regionalverband Märkisch-Oderland
Humanistisches Internationales Begegnungs- und Beratungszentrum (HIBBZ)
Humanistischer Freidenkerbund Brandenburg
Humanistischer Freidenkerbund Havelland
Freidenker Barnim
Freie Humanisten Niedersachsen
Freie Humanisten Bremen
Freie Humanisten Emden
Freie Humanisten Oldenburg
Freie Humanisten Osnabrück
Freie Humanisten Stade
Freie Humanisten Hamburg
Freigeistige Aktion/ Deutscher Monistenbund
Gesellschaft für freigeistige Kultur¹³⁹
Bund für Geistesfreiheit Bayern
Humanistische Aktion München

Freidenkerspektrum

Freidenkerinnen und Freidenker Ulm/Neu-Ulm
Deutscher Freidenker-Verband Ostwürttemberg
Deutscher Freidenker-Verband Baden-Württemberg
Deutscher Freidenker-Verband Bayern
Deutscher Freidenker-Verband, Berliner Landesverband
Deutscher Freidenker-Verband Brandenburg
Deutscher Freidenker-Verband Bremen/ Unterweser
Deutscher Freidenker-Verband Dresden
Deutscher Freidenker-Verband Duisburg
Deutscher Freidenker-Verband Hamburg/ Schleswig-Holstein
Deutscher Freidenker-Verband Hessen
Deutscher Freidenker-Verband Ispringen
Deutscher Freidenker-Verband Vorpommern
Deutscher Freidenker-Verband Niedersachsen
Deutscher Freidenker-Verband Sachsen-Anhalt
Deutscher Freidenker-Verband Thüringen

¹³⁹ Hat sich zum 31. 12. 2001 aufgelöst.

Deutscher Freidenker-Verband Nordrhein-Westfalen
Deutscher Freidenker-Verband Rheinland-Pfalz / Saar
Deutscher Freidenker-Verband Stuttgart

Freireligiöses Spektrum

Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands (BFGD)
Freie Religionsgemeinschaft Alzey
Freie Religionsgemeinschaft Rheinland
Freireligiöse Landesgemeinde Pfalz
Freireligiöse Landesgemeinde Baden
Freireligiöse Landesgemeinschaft Hessen
Freireligiöse Landesgemeinschaft Württemberg
Freireligiöse Gemeinde Darmstadt
Freireligiöse Gemeinde Idar-Oberstein
Freireligiöse Gemeinde Kaiserslautern
Freireligiöse Gemeinde Mainz
Freireligiöse Gemeinde München
Freireligiöse Gemeinde Neu-Isenburg
Freireligiöse Gemeinde Offenbach
Freireligiöse Gemeinde Wiesbaden
Freireligiöse Gemeinde/ Freigeistige Gemeinschaft Berlin
Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft
Unitarische freie Religionsgemeinde, Gießen
Unitarische freie Religionsgemeinde, Frankfurt a.M.

Verwandte Organisationen

Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA)
Antiklerikaler Arbeitskreis c/o IBKA
Bund für Geistesfreiheit Erlangen
Bund für Geistesfreiheit München
Bund für Geistesfreiheit Augsburg
Bund für Geistesfreiheit Kulmbach/ Bayreuth
Bund für Geistesfreiheit Schweinfurth
Bund für Geistesfreiheit Fürth
Bund für Geistesfreiheit Ingolstadt
Fachverband für weltliche Bestattungs- und Trauerkultur
Freigeistiges Lebenshilfswerk

Verband freier Weltanschauungsgemeinschaften Hamburg
Gesellschaft zur Förderung der freien Religions- und
Lebenskunde in Schleswig-Holstein
Jugend- und Familienbildungswerk Klingsberg
Freie Akademie, Berlin

Sonstige Organisationen

Interessenvereinigung für humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe
Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Hamburg
Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg
Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Kiel
Barnimer Jugendweihe
Interessenverein für humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe
Mecklenburg-Vorpommern
Landesverband Sachsen-Anhalt der Interessenvereinigung Jugendweihe
Interessenvereinigung für humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe, Mansfelder
Land und Umgebung
Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung der
Parawissenschaften (GwuP)
Humanistische Union (HU)

Freigeistige Organisationen im deutschsprachigen Ausland

Freidenkerverband Österreichs
Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Libre Pausée Luxembourgeoise/ Luxemburger Freidenkerverband

Internationale Organisationen

Internationale Humanistische und Ethische Union (IHEU)
International Association for Religions Freedom (IARF)
Weltunion der Freidenker (WUF)

II. Für eine echte Trennung von Staat und Kirche

Im Dezember 1998 erschien in der Zeitschrift „Mitteilungen der Humanistischen Union“ ein Beitrag über die Arbeit des Humanistischen Verbandes Deutschland (HVD). Die positive Darstellung weckte den Widerspruch von Gerhard Rampp, Pressesprecher des Bundes für Geistesfreiheit (bfg). Dieser Leserbrief wurde ebenfalls in den HU-Mitteilungen veröffentlicht und illustriert wie kein zweites Dokument die unterschiedlichen Positionen innerhalb des freigeistigen Spektrums.¹⁴⁰

Leserbrief

Es ist bemerkenswert, daß die HU-Mitteilungen neuerdings anderen Organisationen breiten Raum bietet. Leider haben Selbstdarstellungen wie die des Humanistischen Verbandes (HVD) oft die Eigenschaft, dem eigenen Wohl zuliebe die Sachlage einseitig oder in Einzelfällen sogar unrichtig darzustellen.

1. Der HVD ist keineswegs die „einzige“ Organisation, die das Gedankengut der Freidenker und Freireligiösen weiterführt, und schon gar nicht „das“ Sammelbecken der Konfessionsfreien. Es gibt vielmehr eine ganze Reihe ähnlicher Vereinigungen, deren weitaus größte der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften (DFW) ist, dem die Freireligiösen, ein Teil der Freidenker, der Bund für Geistesfreiheit, die Unitarier, der Fachverband für weltliche Trauerkultur und eine Reihe kleinerer weltanschaulicher oder sozial engagierter Verbände angehören. Mit insgesamt über 30.000 Mitgliedern ist dieser Dachverband weit größer als der HVD, der zwar seine Mitgliederzahl öffentlich mit 10.000 angibt, nach Angaben von mir persönlich bekannten Mitgliedern faktisch aber nur rund 3.000 hat. Daneben gibt es noch einige kleinere Verbände wie den Deutschen Freidenker Verband (DFV) und den internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA).
2. All diese Verbände geben an, für die Trennung von Staat und Kirche einzutreten, doch zeigt gerade die Position des HVD, daß in der heutigen säkularisierten Gesellschaft kaum jemand in eine weltlich-humanistische Organisation eintritt, um dort ein Gedankengut zu pflegen, das er ohne Verband auch vertreten kann. Ob

¹⁴⁰ Die Texte sind im Internet unter www.humanistische-union.de zu finden. Wir danken für die Abdruckerlaubnis.

die Resonanz durch das Angebot einer weltlichen „Feierkultur“ größer wird, bleibt allerdings fraglich, denn im Westen finden nur Trauerfeiern nennenswerten Zuspruch, und im Osten erfreut sich die „Jugendweihe“ vorläufig zwar einer gewissen Beliebtheit, aber nicht aus weltanschaulichen Gründen, sondern aus dem Bestreben heraus, dem Westen gegenüber eine kulturelle Eigenständigkeit zu bewahren. Der HVD hofft, die große Masse der inzwischen 25 Millionen Konfessionslosen durch „humanistische“ Serviceleistungen an sich zu binden. Damit wird ein eigentlich lobenswertes soziales Engagement – genau wie bei Caritas und Diakonie – für verbandsegoistische Zwecke instrumentalisiert. Und worin unterscheiden sich solche Sozialangebote von denen der bereits existierenden weltlichen, konfessionsneutralen Wohlfahrtsverbände? So überflüssig spezifisch christliche Sozialorganisationen sind, weil Christen auch in öffentlichen Einrichtungen ihre Überzeugung in die Tat umsetzen können, so wenig braucht es eine spezifisch humanistische Variante. Sozialarbeit sollte nicht nach Konfessionen aufgespalten werden.

3. Überdies finanziert der HVD seine Sozialarbeit praktisch ausschließlich aus Steuermitteln oder aus den Entgeldern der Nutzer. Damit reduziert sich die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche zwangsläufig auf den eigennützigen Anspruch, „daß bestimmte gesellschaftliche Aufgaben von den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften eigenverantwortlich und im wesentlichen ohne staatliche Einmischung wahrgenommen werden, zum Beispiel in der Schule oder auf dem weiten Feld der sozialen Arbeit.“ Dieser Originalton HVD könnte wörtlich von den Kirchen stammen. Kein Wunder, daß er über den (in Berlin freiwilligen) Religions- und Lebenskunde-Unterricht feststellt: „Ein großer Vorteil ist, daß der Staat 90 Prozent der Personalkosten trägt.“ Bei dieser mit den Kirchen identischen Interessenlage wird der HVD naturgemäß darauf hinarbeiten, daß der Staatszuschuß auf 100 Prozent erhöht wird. Mit dem laizistischen HU-Grundsatz „Entkirchlichung des Staates und Entstaatlichung der Kirche“ hat dieses Staat-Kirche-Verständnis nichts mehr zu tun. Der Humanistischen Union geht es um den Abbau von Privilegien der Kirchen gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen, der HVD strebt hingegen die Gleichstellung mit den Kirchen an, also die Erweiterung des Kreises der Privilegierten um einen Verband – natürlich den eigenen. Am deutlichsten zeigt sich dies bei der Militärseelsorge: während die HU zusammen mit den zahlreichen anderen (auch kirchlichen!) Gruppen für die Rückführung von staatlicher in kirchliche Trägerschaft eintritt, will der HVD das Gegenteil: Auch die konfessionsfreien Soldaten sollen auf Staatskosten moralische Aufrüstung erfahren von – na, von wem wohl?

4. Wenn ein Verband von Konfessionsfreien wirklich eine Aufgabe wahrzunehmen hat, dann ist es die politische Interessenvertretung der Kirchenfreien, die zwar fast ein Drittel der Bevölkerung stellen, aber im öffentlichen Leben weitgehend ignoriert werden. Um dies im rechtlichen und finanziellen Bereich zu ändern, ist die HU die weit bessere Organisation, ganz davon abgesehen, daß es oft engagierte Einzelpersonen sind, die Zeichen setzen – so das Ehepaar Seler beim Streit ums Schulkreuz oder die Familie Neumann beim Eintreten gegen ein Religions-Ersatzfach. In beiden Fällen hat der Bund für Geistesfreiheit die Verfahren unterstützt, im zweiten auch die Humanistische Union. Andere hielten sich leider vornehm zurück.

Um nicht mißverstanden zu werden: Auch der Humanistische Verband hat seine positiven Seiten, nicht zuletzt seine Zeitschriften diesseits und humanismus aktuell und den Autor Christian John schätze ich als integren und fähigen Menschen. Doch darf nicht unterschlagen werden, daß sich diese Vereinigung in ihrer Zielsetzung viel stärker von der Humanistischen Union unterscheidet, als dies angesichts des ähnlichen Namens zu vermuten ist.

gez. Gerhard Rapp, Augsburg

III. Zwei Positionspapiere des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Wiederholt hat sich der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften (DFW) mit Fragen der Bildungspolitik beschäftigt. Wir dokumentieren im Folgenden zwei Positionspapiere zur integrativen Werteerziehung in der Schule.

Das Papier „Miteinander leben lernen“ wurde im September 2001 verabschiedet und nimmt Bezug auf die sog. „Helenenauer Erklärung zur Durchsetzung der Glaubens- und Gewissensfreiheit“ von 1997. – Wir danken für die Abdruckerlaubnis.¹⁴¹

¹⁴¹ Vgl. Schriftenreihe für freigeistige Kultur, Heft 10, Pinneberg 1997, 94f, sowie Heft 16, Neustadt 2001. Die Dokumente sind auch im Internet unter www.dfw-dachverband.de zu finden.

Miteinander leben lernen **– Beschluss des DFW-Präsidiums –**

Anknüpfend an die Helenenauer Erklärung des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) vom 16. März 1997 (Anlage) stellt das DFW-Präsidium im Ergebnis der Fachtagung *Werteerziehung in der Schule* vom 28. bis 30.9.2001 in Helenenau bei Berlin fest:

- ◆ „Ethik“, „Werte und Normen“, „Lebensgestaltung/Ethik/Religionskunde“, „Philosophie“ und „Philosophieren mit Kindern“ sind bekenntnisfreie Unterrichtsfächer, die in den verschiedenen Bundesländern einen ganz unterschiedlichen Status haben.
- ◆ Ein bekenntnisfreier Unterricht steht nicht in Konkurrenz zum Bekenntnisunterricht, der unter anderem als konfessioneller Religionsunterricht und humanistische Lebenskunde erteilt wird.
- ◆ Der bekenntnisfreie Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler stellt die integrativ-dialogische Auseinandersetzung mit wichtigen Lebensfragen in den Mittelpunkt. Dabei sollen die Schülerinnen und Schüler die Fähigkeiten erwerben zu gegenseitiger Toleranz, Lösung von Konflikten, Kritik, Nachdenklichkeit und eigenem Urteilen.
- ◆ In einem solchen Pflichtfach sollen die Schülerinnen und Schüler bewußt *nicht* nach religiös-weltanschaulichen Bindungen getrennt werden.

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften (DFW) sieht diesen Unterricht als wesentliches Element zur Integration von Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen Religionen, Weltanschauungen und Kulturen in unserer Gesellschaft. Zur Erhöhung der Integrationsfähigkeit unseres Gemeinwesens Bundesrepublik Deutschland plädiert der DFW für die bundesweite Einführung eines derartigen Unterrichtes.

Hamburg. 13.10.2001

gez. *Dr. Volker Mueller*
Präsident

gez. *Horst Prem*
Vizepräsident

Anlage: Helenenauer Erklärung vom 16. März 1997

Anlage

Helenenauer Erklärung des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften (DFW) zur Durchsetzung der Glaubens- und Gewissensfreiheit

Ergebnis der DFW-Fachtagung zu „Religionsunterricht und/oder Lebensgestaltung / Ethik / Religionskunde (LER) an öffentlichen Schulen“

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat bereits in seiner Entscheidung vom 8.11.1960 den Staat zur weltanschaulichen Neutralität verpflichtet. In den Entscheidungen vom 14.12.1965 wird die Verpflichtung des Staates, als Heimstatt *aller* Staatsbürger, zu „weltanschaulich-religiöser Neutralität“ ausdrücklich festgestellt. Gleichzeitig wurde auch erklärt, daß die Berufung auf die Tradition, ja sogar auf eine „jahrhundertealte Überlieferung“ verfassungsrechtlich bedeutungslos ist. In seinem Urteil vom 16.5.1995 hat das BVerfG entschieden: „Der Staat, in dem Anhänger unterschiedlicher oder gar gegensätzlicher religiöser und weltanschaulicher Traditionen zusammenleben, kann die friedliche Koexistenz nur gewährleisten, wenn er selber in Glaubensfragen Neutralität beweist. Er darf daher den religiösen Frieden in der Gesellschaft nicht von sich aus gefährden. Dieses Gebot findet seine Grundlage nicht nur in Art. 4 Abs. 1 Grundgesetz (GG), sondern auch in Art. 3 Abs. 3, Art. 33 Abs. 1 sowie Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 136 Abs. 1 und 4 und Art. 137 Abs. 1 Weimarer Reichsverfassung (WRV). Sie verwehren die Einführung staatskirchlicher Rechtsformen und untersagen die Privilegierung bestimmter Bekenntnisse ebenso wie die Ausgrenzung Andersgläubiger.“

Im Sinne der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes fordert der DFW:

1. Die Umsetzung der im GG angelegten Trennung von Kirche und Staat, d. h. Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichtes *als ordentliches Lehrfach* an öffentlichen Schulen.
2. Die Gleichbehandlung der Weltanschauungsgemeinschaften mit Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften in bezug auf die Erteilung und Finanzierung ihres Unterrichtes, solange die Trennung von Kirche und Staat in den öffentlichen Schulen nicht realisiert ist.
3. Die Errichtung eines weltanschaulich-religiös neutralen und wertorientierten Pflichtfaches zu Fragen der Lebensgestaltung, Ethik, Religionen und Weltanschauungen an öffentlichen Schulen.
4. Die konsequente Durchsetzung des Pflichtfaches LER durch Landtag und Landesregierung Brandenburgs, durchgängig ab Klasse 1, auch als geeignetes Modell für andere Bundesländer.

Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften (DFW)

Präsident

Vizepräsident

Helenenau, 16. März 1997

IV. Flugblatt

Mit einem in Bayern verteilten Flugblatt wenden sich einige in diesem Heft vorgestellte Organisationen gemeinsam gegen die Verwendung religiöser Symbole in der Schule.

An alle Eltern / Schülerinnen und Schüler / Lehrerinnen
und Lehrer in Bayern

Keine religiöse Bevormundung per Schulgesetz! Sorgen Sie für weltanschaulich neutrale Schulen

Endgültig ist geklärt: Es ist möglich und sogar einfach, das Kreuzifix aus den Schulen entfernen zu lassen.

Im April 1999 hat das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz klargestellt:

- Jede/r kann verlangen, daß das Kreuz in den Klassenzimmern seines Kindes abgehängt wird.
- Die Darlegung des Wunsches genügt. Eine weltanschauliche Offenbarung ist nicht nötig.
- Die Anonymität ist sichergestellt. Das heißt, der Name darf niemandem mitgeteilt werden.

Das Bundesverwaltungsgericht weist also eine religiöse Bevormundung durch den Staat zurück und ermuntert jede/n zu ernsthafter Selbstbestimmung.

Diese Regeln gelten sowohl für die Volksschulen als auch für die weiterführenden Schulen.

Wie geht man vor? Mit dem Wunsch, das Kreuz aus dem Klassenzimmer Ihres Kindes entfernen zu lassen, müssen Sie sich an die Schulleitung wenden. Wir haben einen Musterbrief entworfen, dessen Formulierung nicht auf Konfrontation angelegt ist, sondern der an das Verständnis der Verantwortlichen appelliert:

Sehr geehrte/r Frau Herr

*mein Kind besucht an der.....Schule
die Klasse.....*

Aus allgemein weltanschaulich- / religiösen Gründen und mit Bezug auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 21. April 1999 (AZ 6 C18.98) möchte ich Sie bitten, das Kreuz aus diesem Klassenzimmer zu entfernen.

Diese Geste wäre nicht nur ein Akt der Toleranz gegenüber all jenen weltanschaulichen Minderheiten, die nie das Vorrecht besessen haben, ihre Symbole in staatlichen Räumen aufzuhängen. Sie brächte gleichzeitig zum Ausdruck, daß Staat und Religion in einer demokratischen Gesellschaft getrennt sein müssen. Ich möchte meinem Kind jedenfalls nicht zumuten, unter dem Kreuz, das auch Zeichen christlicher Missionierung ist, zu lernen.

Ich hingegen denke, den Kindern müßte bestätigt werden, daß sie mit ihrer Weltanschauung gleichberechtigt sind, so wie es auch dem Grundgesetz Art. 3, Abs. 3 und Art. 4, Abs. 1 entspricht. Das ließe sich mit einem weltanschaulich neutral gehaltenen Klassenraum am besten bewerkstelligen.

Das oben genannte Urteil verpflichtet Sie, das Verschwiegenheitsgebot strikt zu beachten.

Darum bitte ich Sie ausdrücklich.

Mit freundlichen Grüßen

V:i:S.d.P.: **Arbeitsgruppe Trennung von Staat und Kirche**

c/o Bund für Geistesfreiheit KdÖR Valleystr. 27

81371 München Tel+Fax 089/77 59 88 e-mail: bfgmuc@aol.com.

<http://members.aol.com/bfgmuc>

Unterstützer: Humanistische Union Bayern, Deutsche Unitarier, Mitglieder der FDP, Deutscher Freidenker Verband München, Initiative Kirchen von unten Bayern (Ikvu), Bund für Geistesfreiheit Bayern, Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten

Dr. theol. Andreas Fincke, geb. 1959 in Halle/S., Berufsausbildung als Elektromonteur, Grundwehrdienst in der Nationalen Volksarmee der DDR, 1981 – 1986 Studium der Evangelischen Theologie und anschließend wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Ökumenik und allgemeine Religionsgeschichte an der Martin-Luther-Universität zu Halle-Wittenberg, 1992 Promotion mit einer Arbeit zur „Neuoffenbarung“ Jakob Lorbers. Seit 1992 Pfarrer und Beauftragter für Sekten- und Weltanschauungsfragen der Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, ebenfalls seit 1992 wissenschaftlicher Referent an der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) in Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Religions- und Weltanschauungsfragen.

Dieser EZW-TEXT kann in Studienkreisen, Seminaren, Tagungen und dergleichen angewendet werden. Die EZW-TEXTE können einzeln oder in größerer Menge bei der EZW, Auguststraße 80 in 10117 Berlin, angefordert werden.

Gesamtprospekt und Titelverzeichnis werden auf Wunsch gern zugesandt.

Spendenkonto der EZW:
Evangelische Darlehnsgenossenschaft Kiel 1014001 (BLZ 21060237)



Materialdienst der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW)

Zeitschrift für Religions- und Weltanschauungsfragen

Neue religiöse Bewegungen, nicht-christliche Religionen und christliche Sondergemeinschaften bzw. „Sekten“ sind Teil unserer religiösen Landschaft. Esoterische Angebote und Verheißungen des Psychomarktes, Okkultes und Spirituelles stoßen auf immer größeres öffentliches Interesse. Dies fordert aus christlicher Sicht zum Dialog und zur Unterscheidung heraus. Seit Jahrzehnten ist die EZW die zentrale Auskunft-, Informations- und Dokumentationsstelle der Ev. Kirche in Deutschland zu Sekten- und Weltanschauungsfragen.

Nutzen Sie unser Wissen und unsere Erfahrungen.

Im *Materialdienst der EZW* finden an Religionsfragen Interessierte, insbesondere Theologen/innen und Lehrer/innen, zuverlässige Beurteilungshilfen. Kompetente Autoren liefern Ihnen laufend aktuelle Informationen und Analysen. Im Laufe der Zeit entsteht so eine einmalige Dokumentation zu Weltanschauungsfragen.

Der *Materialdienst* erscheint monatlich in einem Umfang von ca. 32 bzw. 40 Seiten. Zusätzlich erscheint ein Registerheft. Das reguläre Abonnement kostet incl. Versandkosten 30,- € im Jahr.

Wir bieten Ihnen wahlweise:

- die unverbindliche Zusendung von zwei kostenlosen Probeexemplaren
- ein unverbindliches Probe-Abonnement: vier Hefte für 5,- €
- das reguläre Abonnement für 30,- € im Jahr.

Bitte Postkarte, Fax oder E-Mail an:

**Evangelische Zentralstelle für
Weltanschauungsfragen (EZW)**
Auguststraße 80 · 10117 Berlin
Fax: 030 / 28 39 52 12
E-Mail: info@ezw-berlin.de
Internet: www.ezw.berlin.de